

fonction publique

CGFP
Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique

numéro 271
octobre 2021

53^e année
paraît 4 fois par an

SOZIALDIALOG AUF SPARFLAMME



Im September rief der Premierminister eine Bipartite mit CGFP, LCGB und OGBL ein. Konkrete Ergebnisse blieben jedoch aus. Bei der Rede zur Lage der Nation stellte sich heraus, dass die Regierung im Wohnungsbau einige CGFP-Kernforderungen übernimmt. Die CGFP bedauert jedoch, dass nach der abgesagten Steuerreform nicht zumindest punktuelle Maßnahmen im Interesse der Haushalte ergriffen werden. Obwohl die Regierung auf eine Sparpolitik zur Sanierung des Staatsbudgets verzichtet, verriet sie bislang nicht, wie sie gedenkt, die Corona-Ausgaben zu finanzieren. Die für Ende des Jahres geplante und längst überfällige Tripartite darf deshalb nicht nochmals verschoben werden.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 7 und 9



CGFP-Nationalvorstand: Rentrée sociale

MEHR WERTSCHÄTZUNG FÜR DEN ÖFFENTLICHEN DIENST



Inmitten der Pandemie lieferten die öffentlich Bediensteten erneut den Beweis, dass sie auch in Extremsituationen ihren Aufgaben gewachsen sind. Für ihre wertvolle Zuverlässigkeit wurden sie damals von der Politik übers Kleeblatt gelobt. Von der anfänglichen Euphorie ist jedoch nicht viel übrig geblieben. Trotz vereinzelter Fortschritte auf sektorieller Ebene setzt sich die Regierung allzu oft über die Belange der Staatsbediensteten hinweg. Die CGFP fordert, dass das zunehmende Wertschätzungsdefizit sofort korrigiert wird.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 12 und 13

Der Verstoß gegen Grundrechte ist kein Kavaliersdelikt

Ab dem 1. November können Verwaltungen und Unternehmen auf vermeintlich „freiwilliger“ Basis die verschärften CovidCheck-Bestimmungen einführen. Auch wenn die Regierung es tunlichst vermeidet, das Worst Case-Szenario auszusprechen: Beschäftigte, die sich dem 3G-Konzept widersetzen, laufen künftig Gefahr, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. In seiner jüngsten Sitzung erteilte der CGFP-Nationalvorstand diesen drakonischen Maßnahmen eine deutliche Absage. Dem Staat steht es nicht zu, Bürger aufgrund einer persönlichen Überzeugung zu diskriminieren.

In einem gemeinsamen Brief an die Regierung wiesen CGFP, LCGB und OGBL darauf hin, dass sie sich keineswegs einer Impfung auf freiwilliger Basis widersetzen. Der gnadenlose Umgang mit Nicht-Geimpften sei jedoch eines Rechtsstaates nicht würdig. Bedauert wurde u.a., dass die Regierung die Verantwortung auf die Verwaltungen und Betriebe schiebt. Bei einem Treffen mit den Arbeitnehmersvertretern zeigten die zuständigen Minister kein Entgegenkommen. In einer gemeinsamen

Pressemitteilung haben die drei Gewerkschaften der Regierung deshalb ein Ultimatum gestellt. Sollte diese bis zum 31. Oktober keine Kompromissbereitschaft zeigen, werden gewerkschaftliche und juristische Schritte eingeleitet.

Rechtliche Schritte könnte auch die Fehlinterpretation der Regierung betreffend das Gehälterabkommen nach sich ziehen. Der Verzicht auf eine lineare Punkterhöhung unterbindet keineswegs sektorale Verbesserungen, schlussfolgert eine von der CGFP beauftragte Rechtsanwaltskanzlei. Ein weiterer Schwerpunkt der sozialen Rentrée war die Neuregelung der Telearbeit. Die CGFP hat diesbezüglich eine Marschroute ausgearbeitet, die als Basis für die Verhandlungen mit der Regierung dient. Ein Dauerbrenner ist das Bewertungssystem. Der CGFP-Nationalvorstand bleibt seiner Linie treu und weigert sich, in diesem Zusammenhang mit der Regierung eine Umfrage zu starten.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 5 und 6

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/141



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 -1 • Fax 24 15 24 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

EDITORIAL



Blicken wir auf das Jahr 2021 zurück, sticht im öffentlichen Dienst insbesondere die Unterzeichnung des Gehälterabkommens am 4. März dieses Jahres ins Auge.

Die Tatsache, dass es nicht zur langersehnten und in „normalen Zeiten“ längst überfälligen linearen Punktwertehöhung gekommen ist, lässt gewiss darauf schließen, dass die CGFP, als verantwortungsbewusster Sozialpartner, den Ernst der Lage erkannt hatte und ihrer bereits in der Vergangenheit mehrmals an den Tag gelegten Haltung treu blieb: Auch wenn ihr Auftrag in erster Linie darin besteht, den sozialen Fortschritt ihrer Mitglieder zu gewährleisten, hat sie es stets verstanden, die Interessen der öffentlich Bediensteten mit denjenigen des Landes in Einklang zu bringen.

Wenn die Regierungsseite diese mehr als vernünftige Herangehensweise auf CGFP-Seite nun zu böartigen Fehlinterpretationen des Gehälterabkommens nutzt, ist das nicht nur übel und verwerflich, sondern darüber hinaus auch noch schädlich und belastend, vor allem auch mit Blick auf künftige Verhandlungen.

Kurz: Als alleinige national repräsentative Berufsorganisation für den öffentlichen Dienst hat die CGFP hier weitsichtig und respektvoll, ja, nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Und diese Vorgehensweise soll jetzt die Grundlage bilden, um legitime Forderungen der CGFP-Fachverbände abzuwenden und auf diese Weise Mitgliedsorganisationen gegen ihren Dachverband aufzuheizen.

Dass dies ohnehin nicht gelingen wird, das wurde spätestens beim jüngsten CGFP-Nationalvorstand deutlich, wo die Geschlossenheit und die Zusammengehörigkeit innerhalb der CGFP erneut zum Tragen kamen. In der letzten Sitzung des CGFP-Exekutivkomitees war die Vorgehensweise der Regierung schon einmal stark kritisiert worden, die mit einer gezielten und systematischen Desinformationskampagne versuche, „die einzige im Staatsdienst national repräsentative Gewerkschaft zu spalten und ihre gut 60 Mitgliedsorganisationen gegeneinander auszuspielen“.

Die CGFP jedenfalls richtet einen dringenden Appell an die Regierung, endlich mit solch fragwürdigen Spielen aufzuhören. Die mehrfach wiederholte Aussage, sektorale Verbesserungen seien aufgrund des Besoldungsabkommens bis Anfang 2023 nicht möglich, ist schlicht und ergreifend falsch. Solche Behauptungen stehen in krassm Widerspruch zu den Verhandlungen und führen unnötig zu einer Menge Ärger. Richtig ist vielmehr der Umstand, dass die CGFP und die ihr angegliederten Fachverbände auf allgemeingültige Verbesserungen verzichtet haben, um die über all die Jahre hart erkämpften sozialen Besitzstände zu erhalten. Punkt! Unfug wird nicht dadurch richtiger, wenn er ständig wiederholt wird!

Was nun die Telearbeit im öffentlichen Dienst in Post-Corona-Zeiten angeht – ein weiterer Schwerpunkt im Gehälterabkommen –, so hat die CGFP ihre Hausaufgaben mittlerweile abgeschlossen und im Rahmen einer CGFP-internen Arbeitsgruppe ein entsprechendes Richtungspapier vorgelegt. Die Tatsache, dass der Staatsdienst, genau wie in der Vergangenheit, auch in Zukunft wieder eine rechtliche Grundlage für Heimarbeit in Form einer großherzoglichen Verordnung benötigt, zieht sich wie ein roter Faden durch das umfassende Dokument, das jetzt als Verhandlungsbasis dienen soll.



Es kann in der Tat nicht angehen, dass der öffentliche Dienst nachher genauso viele Telearbeitsmodelle hat, wie es Verwaltungen gibt. Dass spezifischen Anforderungen innerhalb der jeweiligen Behörde Rechnung getragen werden muss, steht außer Frage. Dass die Implementierung der Telearbeit im öffentlichen Dienst allerdings auf einer und derselben Verordnung fußen muss, ist genauso richtig.

Bleibt schließlich der Passus über eine Analyse des in den Augen der CGFP ohnehin mehr als fragwürdigen und damit völlig überflüssigen Bewertungssystems im öffentlichen Dienst. Laut Abkommen soll eine zwischen Gewerkschaft und Regierung paritätisch besetzte Arbeitsgruppe diese Auswertung vornehmen, bevor dann bis zur Jahreshälfte 2022 politische Schlussfolgerungen gezogen und umgesetzt werden sollen.

Was die CGFP vom derzeitigen Bewertungsmechanismus im öffentlichen Dienst hält, ist längst bekannt, nämlich rein gar nichts. Diese Aussage ist keinesfalls aus der Luft gegriffen, sondern fußt auf Erkenntnissen aus den vergangenen sechs Jahren. Die Bewertungsprozeduren sind schwerfällig und aufwendig und stehen, so wie es die CGFP von Anfang an befürchtet hatte, in keinem Verhältnis zum Resultat.

Vor allem aber wird eine zielführende Analyse schwierig, wenn selbst die wesentlichsten Kerndaten nicht abrufbar sind, weil sie offensichtlich nicht in einer zentralen Datenbank gespeichert sind. Wie viele Kandidaten haben zum Beispiel welche Leistungsstufe erzielt? – Offensichtlich halten die Verwaltungen derartige Angaben fest unter Verschluss. Einzelheiten dazu kann das mit der Einführung des Bewertungssystems betraute Beamtenministerium jedenfalls nicht liefern.

Die Idee, nun eine breit angelegte Umfrage zum Bewertungssystem zu starten – bei Vorgesetzten, bewerteten Personen, Verwaltungsdirektoren und Personalabteilungen – hat das jüngste CGFP-Exekutivkomitee im Übrigen ohne Wenn und Aber zurückgewiesen. Und das aus gutem Grund: Die CGFP-Fachverbände, als legitimierte Interessenvertretungen ihrer zigtausend Mitglieder, haben in all den Jahren ausreichende Erkenntnisse gesammelt, die nur einen Schluss zulassen: Ein Bewertungssystem hat in einer in all den Jahren zu einem Dienstleister par excellence mutierten Behörde schlicht und ergreifend nichts verloren. Vorgaben in bestimmten Verwaltungen, dass die Leistungsstufen 1 und 4 bei der Bewertung erst überhaupt nicht vergeben werden dürften, weil sonst ein bislang noch nicht erprobtes Verbesserungsverfahren eingeleitet

werden müsse (bei Leistungsstufe 1) oder der Kandidat Anrecht auf drei zusätzliche Urlaubstage habe (bei Leistungsstufe 4), bekräftigt die CGFP in ihrer Haltung, selbst ohne weitere stichhaltige Argumente anführen zu müssen.

Gefordert sind in dieser Frage übrigens nicht nur die Regierungs-, sondern gleichwohl auch die Oppositionsparteien. Es ist höchste Zeit, dass sie sich zur CGFP und somit zum gesamten öffentlichen Dienst bekennen, der sich gerade in den vergangenen 18 Monaten als systemrelevant und äußerst wirksam erwiesen hat. Selbst bei Skeptikern dürften die letzten Zweifel beseitigt sein. Luxemburg verfügt über einen höchst ausgeprägten und effizienten öffentlichen Dienst, auf den gerade auch in schwierigen Zeiten stets Verlass ist. Selbst anerkannte Institute, denen man nun wahrlich nicht unterstellen kann, beamtenfreundlich zu sein, kommen immer wieder zu dieser Erkenntnis, ebenso wie regelmäßig innerhalb der Bevölkerung durchgeführte Erhebungen.

Die größte Oppositionspartei, auf deren Drängen der Bewertungsmechanismus im Zuge der 2015^{er} Reformen im öffentlichen Dienst eingeführt wurde, hat schon einmal Größe gezeigt, und zwar, indem sie dem Gesetzentwurf zur Abschaffung der ebenfalls auf ihr Bestreben hin im öffentlichen Dienst eingeführten 80/80/90-Regelung zugestimmt hat. Das nennt man: aus Fehlern lernen. Oder: Es ist nie zu spät, das Richtige zu tun. Und nun ergibt sich eine weitere Gelegenheit, erneut Größe zu zeigen, Fehlentscheidungen aufgrund von Erfahrungswerten einzusehen und entsprechend zu handeln.

Gefordert sind und bleiben in dieser Frage aber in erster Linie die Regierungsparteien mit allen voran dem Beamtenminister, auch wenn er in einem LW-Gespräch von April 2020 noch meinte, wir seien „momentan nicht in einer Situation, in der wir über diese Forderung näher verhandeln.“

Seitdem sind wieder einmal anderthalb Jahre vergangen. Und das Besoldungsabkommen von März bietet den geeigneten Rahmen, nun endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Überzeugende Argumente, die für ein derart schwerfälliges Bewertungssystem im öffentlichen Dienst sprechen, konnten bislang keine geliefert werden.

Fakt ist, dass der Luxemburger öffentliche Dienst über hoch qualifizierte und äußerst motivierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verfügt. Die jüngsten Ereignisse, von Corona bis Flutkatastrophe, haben dies auf anschauliche Weise verdeutlicht. Es geht also nicht um die Frage, ob öffentlich Bedienstete sich bewerten lassen wollen oder nicht, sondern vielmehr um die Erkenntnis, dass ein aus der Privatwirtschaft kopiertes und somit auf Profit ausgerichtetes System nichts in einem Dienstleistungssektor verloren hat und demzufolge abgeschafft gilt.

Bis das so weit ist, lässt die hervorragende Arbeit, die tagtäglich in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes geleistet wird, eigentlich nur eine einzige Schlussfolgerung zu, und zwar, dass dieses selbstlose und unermüdete Engagement Zehntausender Bediensteter bei künftigen Bewertungen nur mit einer einzigen Note honoriert werden kann, und zwar mit der Bestnote, will sagen: Leistungsstufe 4!

Steve Heiliger,
CGFP-Generalsekretär



Bâloise
Assurances

MOINS CHER MAIS PAS MOINS COUVERT

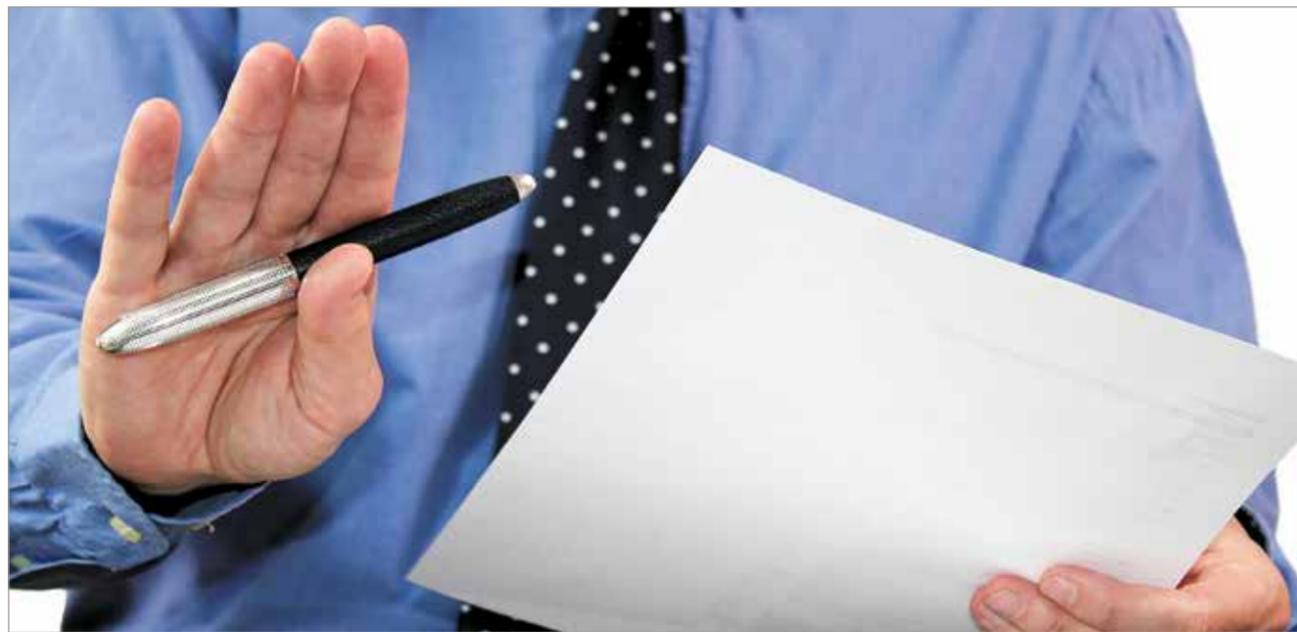
**SOLDE
RESTANT
DÛ**

Votre assurance solde
restant dû moins chère
Comparez les garanties

www.cgfp-assurances.lu

CGFP
Assurances

18, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
Tél. (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu



CGFP-Nationalvorstand zur Rentrée sociale

Schockierende Repressionskultur am Pranger

Am Vortag der Regierungserklärung zur Lage der Nation befasste sich der CGFP-Nationalvorstand mit den gewerkschaftlichen Prioritäten für die kommenden Monate. Kernthemen waren u.a. die Fehlinterpretation der Regierung zum Gehälterabkommen und die Forderung nach einer Abschaffung des Bewertungssystems im Staatsdienst. Die CGFP sparte auch nicht mit Kritik an der Ausdehnung des CovidCheck am Arbeitsplatz. Dabei distanzierte sie sich von jeglichen Verschwörungstheoretikern.

Ab dem 1. November wird das CovidCheck-Regime auf den Staatsdienst und die Betriebe ausgedehnt. Die Verwaltungschefs werden darüber entscheiden, ob das 3G-Konzept in ihrer Behörde eingeführt wird oder nicht. Die neuen Maßnahmen würden die in der luxemburgischen Verfassung verankerten Grundrechte und -freiheiten der Bürger empfindlich einschränken, erzürnte sich CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff am 11. Oktober bei einer Pressekonferenz im Anschluss an die Sitzung des CGFP-Nationalvorstandes. Die Gründe für diese gravierenden Einschnitte bleiben im Gesetzentwurf weitestgehend unerwähnt.

„Die Tatsache, dass die Regierung per Gesetz die Möglichkeit schafft, die Existenzgrundlage mancher Bürger zu zerstören, ist schockierend“, so Wolff. In der Tat schreckt die Dreierkoalition nicht davor zurück, die von ihr selbst unterschriebenen Konventionen zum Schutz der Beschäftigten mit Füßen zu treten.

In seiner Rede zur Lage der Nation erwähnte der Premierminister die Pandemie nur beiläufig, so als ob die Corona-Krise weit hinter uns liege, getreu dem Leitmotiv „Der Himmel ist blau.“ Auf die Kontroversen über die neuen CovidCheck-Bestimmungen ging er überhaupt nicht ein. Während der Pandemie habe die Regierung niemanden im Stich gelassen, so Bettel. Die Existenzgrundlage von Tausenden Menschen sei gefährdet gewesen. Die Regierung habe „gelebte Solidarität“ bewiesen. Für die CGFP steht diese Aussage allerdings in krassem Widerspruch zum neuen Covid-Gesetz.

Anfang Mai noch betonte Premier Bettel nach einer Sitzung des Ministerrats vor der Presse: „Mir dierfen d'Leit net verdamen an och net stigmatiséieren, déi e Refus hunn vis-à-vis vun enger Vaccination oder Leit, déi eng aner Meenung hunn. Mir sinn an enger Demokratie an do ass d'Recht vu jiddweringem Eenze-

len och eng aner Meenung kënnen ze hunn.“ Legt man diese Aussage mit dem jüngsten Covid-Gesetz übereinander, kann selbst die Regierung ihren chaotischen Zickzackkurs nicht leugnen.

Disziplinarische Sanktionen gegen CovidCheck-Verweigerer sind für die CGFP untragbar. „Erschwerend hinzu kommt, dass diese Entscheidung auf Daten beruht, die der ärztlichen Schweigepflicht unterliegen“, betonte der CGFP-Vorsitzende. Dabei verwies er auf das äußerst kritische Gutachten der Berufskammer aller öffentlich Bediensteten. Für die CGFP ist zudem die Abschaffung der Schnelltests für den Zugang zum Arbeitsplatz nicht nachvollziehbar. Den Beschäftigten künftig die Kosten der überbeurten zertifizierten Tests (zwischen 300 und 600 € pro Monat) aufzubürden, geht entschieden zu weit. Um größere Diskriminierungen zwischen Besser- und Geringverdienern zu vermeiden, müssen die günstigeren Schnelltests wieder sofort eingeführt werden. Zudem müssen die Kosten des 3G-Systems vom Arbeitgeber geschultert werden. Bei allen anderen Maßnahmen, die die Gesundheit und die Sicherheit am Arbeitsplatz betreffen, wird die Kostenfrage ähnlich gehandhabt.

Spielball einer verfehlten Regierungspolitik

In seiner jüngsten Sitzung bemängelte der CGFP-Nationalvorstand, dass die politischen Entscheidungsträger die Verantwortung auf die Staatsverwaltungen abwälzen und diese somit in eine schwierige Situation versetzen. Was auf den ersten Blick wie eine freiwillige Entscheidung aussieht, ist jedoch im Grunde genommen eine Pflicht, da die Regierung das 3G-Prinzip fördert. Es liegt also nahe, dass viele Verwaltungschefs, die der strengen staatlichen Hierarchie unterliegen, diesem politischen Wunsch Folge leisten werden. Dies ist insbesondere bei den Verwaltungsleitern zu befürch-

ten, weil sie alle sieben Jahre auf ihrem Posten bestätigt werden. Diese werden somit zum Spielball einer verfehlten Regierungspolitik. Durchaus berechtigt ist auch die Frage, was passiert, falls sich ein Großteil der Verwaltungschefs weigert, den CovidCheck durchzuführen. Wird Blau-Rot-Grün unter diesen Umständen ihre Pläne für gescheitert erklären oder noch härter durchgreifen?

Nach Ansicht der CGFP muss der CovidCheck innerhalb der Arbeitszeit so gestaltet werden, dass keine langen Warteschlangen entstehen. Laut den Angaben des Beamtenministers haben 87 % der Staatsbediensteten das schützende Vakzin bereits erhalten (Stand: Mitte Oktober). Ausgehend davon, dass die Regierung eine Durchimpfungsquote zwischen 80 und 85 % anstrebt, wäre das CovidCheck-Regime demnach im Staatsdienst überflüssig.

Für die CGFP ist es zudem unbegreiflich, warum die Regierung bei einem derart sensiblen Thema mit dem Brech-eisen vorgeht. Die neuen Maßnahmen wurden in Windeseile praktisch zeitgleich zur Lage der Nation und zur Vorstellung des Staatshaushalts 2022 vorgestellt. Den Berufskammern wurden somit nur wenige Tage gewährt, um dazu Stellung zu beziehen. Auch bei den 16 vorigen Covid-Gesetzen war das Vorgehensschema immer identisch. Offensichtlich versucht die Dreierkoalition mit diesem Schnelldurchgang kritische Töne zu unterbinden.

In Anlehnung an das Gutachten der Chambre des fonctionnaires et employés

publics bekräftigte Romain Wolff, die Regierung täte gut daran, eine glaubhafte und kohärente Strategie beim Kampf gegen das Virus auszuarbeiten, statt eine Unterdrückungs- und Verbotskultur zu propagieren und die Gesellschaft zu spalten.

No way back

Am 14. Oktober teilten CGFP, LCGB und OGBL Premier Bettel in einem gemeinsamen Brief mit, dass sie in keiner Weise mit den verschärften Bestimmungen des CovidCheck am Arbeitsplatz einverstanden sind. Das harsche Vorgehen schaffe eine „irreparable Kluft“ zwischen Geimpften und Nicht-Geimpften. Der soziale Frieden in der Berufswelt könne dadurch erheblich gefährdet werden. Die drei national repräsentativen Gewerkschaften riefen die Regierung dazu auf, eine Dringlichkeitssitzung einzuberufen.

Bildungsminister Meisch zeigte sich im RTL-Interview über den Widerstand der CGFP überrascht, da ihre Mitgliedsorganisation FEDUSE/Enseignement noch im August die Einführung des CovidCheck in den Schulen gefordert habe. Daraufhin stellte die Lehrgewerkschaft klar, dass damals von kostenlosen Schnelltests die Rede gewesen sei. Vor allem aber habe die Regierung im Sommer noch keine negativen Auswirkungen in puncto Arbeitsrecht in Erwägung gezogen. Aufgrund der jüngsten Entwicklung unterstütze man das Vorgehen des Dachverbandes, hieß es in der Pressemitteilung. Die FEDUSE lasse sich ihre Forderungen nicht von ministerieller Seite im Mund verdrehen.

Am 15. Oktober machten CGFP, LCGB und OGBL im Senninger Schloss bei einer gemeinsamen Unterredung mit den Ministern Marc Hansen, Dan Kersch und Paulette Lenert unmissverständlich klar, dass sie sich keineswegs einer Impfung auf freiwilliger Basis in die Quere stellen und daher von jeglichen Querdenken-Thesen Abstand nehmen. Allerdings wurde mit der Möglichkeit, unwilligen Bürgern aufgrund ihrer persönlichen Überzeugung per Gesetz im Extremfall die Existenzgrundlage zu entziehen, eine rote Linie überschritten.

Die drei Regierungsmitglieder hielten hingegen stur an ihrer Linie fest. Bei vielen wesentlichen Fragen blieben sie eine Antwort schuldig. Worauf muss sich ein Arbeitnehmer, der nicht im Besitz eines gültigen Covid-Zertifikats ist, eigentlich gefasst machen? Wird eine Ablehnung des CovidCheck als eine Arbeitsverweigerung gewertet, die im äußersten Fall zu einer Kündigung führen kann? Und warum verzichtet die Regierung darauf, faire Alternativlösungen wie „social distancing“ oder Maskentragen bei Bedarf beizubehalten?

Zwei Tage nach dem gescheiterten Treffen verurteilten die drei Gewerk-

Fortsetzung siehe Seite 6





Fortsetzung von Seite 5

schaften in einer gemeinsamen Pressemitteilung den brachialen Alleingang der Regierung. Die Impfpflicht werde durch die Hintertür eingeführt, hieß es. Systemrelevante Bereiche der Gesellschaft würden Gefahr laufen, mit personellen Engpässen konfrontiert zu werden, da ein Teil der Belegschaft keinen Zugang zum Arbeitsplatz erhalte. Tatsächlich haben sich inzwischen unzählige Beschäftigte mit ihren Existenzängsten an die Gewerkschaften gewendet.

Nach Ansicht von CGFP, LCGB und OGBL bewegt sich die Dreierkoalition sowohl juristisch als auch datenschutzmäßig auf sehr dünnem Eis. Das ohnehin schon zerbrechliche Betriebsklima vielerorts könnte sich durch eine Unmenge von Gerichtsverfahren noch weiter verschlechtern. Ferner ist in dem unvollständigen Gesetz nicht genau festgelegt, welche Sanktionen eintreten, wenn sich ein Mitarbeiter gegen den CovidCheck sträubt. Aus der Sicht des Arbeitgebers war es noch nie so einfach, sich von unliebsamen Beschäftigten zu trennen.

Im Gegensatz zum Regierungschef wohnte der Minister des öffentlichen Dienstes den Debatten zum umstrittenen Covid-Gesetz im Parlament bei. Statt jedoch vor den Abgeordneten Stellung zu beziehen, hüllte sich Marc Hansen mit seiner stoischen Haltung in Schweigen, obschon einzelne Volksvertreter ihn dazu ermutigt hatten, Stellung zu beziehen. Obwohl das Gesetz mit einer hauchdünnen Mehrheit verabschiedet wurde, werden CGFP, LCGB und OGBL nicht lockerlassen. Am 31. Oktober läuft das an die Regierung gestellte Ultimatum ab. Sollte die Koalition keinerlei Kompromissbereitschaft zeigen, werden gewerkschaft-

liche und juristische Schritte erfolgen. Es gibt keinen Weg zurück.

Juristisches Gutachten zum Gehälterabkommen

Anlässlich seiner Rentrée sociale bestätigte der CGFP-Nationalvorstand, dass die bösartige Fehlinterpretation der Regierung in Bezug auf das Gehälterabkommen rechtliche Schritte nach sich ziehen könnte. Aufgrund der besorgniserregenden Lage an der Corona-Front und der damaligen wirtschaftlichen Unsicherheit hatte die CGFP bei den Gehälterverhandlungen im März auf eine lineare Punktwerthöhung verzichtet. Der Passus, „le présent accord ne contient pas d'augmentation financière structurelle“ hindere die CGFP-Fachverbände jedoch keineswegs daran, sektorielle Forderungen zu erheben, stellte CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger klar. All diese Anliegen würden jedoch beinahe systematisch abgeschmettert. Dabei berufe sich die Regierung immer auf das Besoldungsabkommen. Diese Sichtweise sei absurd, so Heiliger: „Die CGFP-Fachverbände genießen eine hundertprozentige Verhandlungsautonomie und sind demnach überhaupt nicht an das Gehälterabkommen gebunden.“

Inzwischen hat die CGFP ein juristisches Gutachten von einer Rechtsanwaltskanzlei erstellen lassen und dieses der Regierung übermittelt. Die Anwälte sind zu demselben Schluss gelangt wie die CGFP. In dem Schreiben werden die Regierungsmitglieder zum Umdenken aufgefordert. Ob rechtliche Schritte eingeleitet werden, hängt davon ab, welche Antwort die Koalition liefern wird.

Ein weiterer Schwerpunkt bei der sozialen Rentrée war die künftige Anwendung der Telearbeit. Diese moderne

Arbeitsweise beruht derzeit auf einem Runderlass. Im jüngsten Besoldungsabkommen vereinbarte die CGFP mit der Regierung, einen neuen rechtlichen Rahmen für den gesamten öffentlichen Dienst mittels einer großherzoglichen Verordnung zu schaffen. „Die CGFP hat ihre Hausaufgaben erledigt“, unterstrich CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger. Inzwischen hat eine interne Arbeitsgruppe mit Vertretern aus allen Bereichen des Staatsdienstes einen umfangreichen Forderungskatalog ausgearbeitet. Das Dokument wurde vom CGFP-Nationalvorstand verabschiedet und gilt als Grundlage für die Verhandlungen mit der Regierung.

Erwähnen wir an dieser Stelle die diesbezüglichen Kernforderungen. In den Augen der CGFP stellt die Heimarbeit kein Recht dar. Im Umkehrschluss darf auch niemand dazu gezwungen werden. Ausschlaggebend ist eine gegenseitige Vereinbarung zwischen dem Mitarbeiter und seinem Vorgesetzten. Die Arbeitsbedingungen jener Beschäftigten, die von zu Hause aus arbeiten, müssen identisch sein mit denen am Arbeitsplatz. Eine weitere nicht verhandelbare Bedingung ist das Recht auf Abschalten, um somit eine klare Trennung zwischen Familien- und Berufsleben zu gewährleisten.

Im Schulterschluss mit den Personalvertretungen muss genau festgelegt werden, welche Posten für das Homeoffice in Betracht gezogen werden. Die Telearbeit darf nicht nur an den Wohnsitz gebunden sein. Eine derartige Einschränkung wäre angesichts der neuen Familienmodelle nicht mehr zeitgemäß. Schließlich müssen die Grenzgänger bei der Besteuerung und der Sozialversicherung gleichbehandelt werden.

Eine weitere Priorität auf der Agenda der sozialen Rentrée war das für den öffentlichen Dienst völlig ungeeignete Bewertungssystem. Das magere Endergebnis rechtfertige nicht im Geringsten den Riesenaufwand, erklärte Heiliger mit Nachdruck: „Die Benotungen haben im Staatsdienst nichts zu suchen.“

Bis zum 1. Juli 2022 werden die CGFP-Vertreter in einer paritätisch besetzten Arbeitsgruppe der Regierung die Schwächen dieser sinnlosen Übung darlegen. Auf CGFP-Nachfrage hin hat sich jetzt schon herausgestellt, dass eine Vielzahl relevanter Daten in keiner zentralen Datenbank gespeichert wurden. So war das zuständige Ministerium z.B. überfordert, eine Statistik vorzulegen, die eine Aufschlüsselung der Ergebnisse in Verbindung mit den Leistungsstufen ermöglicht hätte.

Eine deutliche Absage

Fraglich bleibt, wie die Regierung bei einer derart schlechten Ausgangslage das Bewertungssystem einer ernsthaften Analyse unterziehen möchte. Der Regierungsvorschlag, mit der CGFP eine gemeinsame Meinungsumfrage über das Bewertungssystem im öffentlichen Dienst zu starten, erhielt vom CGFP-Nationalvorstand eine deutliche Absage.

Schließlich sprach sich der CGFP-Nationalvorstand in seiner jüngsten Sitzung erneut für eine Wiederbelebung des Sozialdialogs auf nationaler Ebene aus. Die Staatsfinanzen sind auf dem Weg der Besserung und die Lage am Arbeitsmarkt entspannt sich zunehmend. Folglich wäre eine Sparpolitik zulasten der Privathaushalte mit nichts zu rechtfertigen.

Max Lemmer

Avis critique de la CHFEP sur l'accès facilité aux élections communales des ressortissants étrangers

Une réforme lancée à l'improviste

«Par le projet de loi n° 7877, le gouvernement entend faciliter et promouvoir la participation des citoyens non luxembourgeois aux élections communales, ceci en élargissant les conditions d'accès de ceux-ci aux dites élections. La Chambre des fonctionnaires et employés publics (CHFEP) se montre réticente face à la façon de procéder du gouvernement dans ce domaine sensible.

Le projet de réforme en question a surgi à l'improviste et il a aussi été présenté de cette façon par le gouvernement, sans consultation préalable des parties prenantes et notamment des citoyens. La CHFEP regrette fortement cette façon de faire. Elle estime que le gouvernement aurait dû préparer le terrain au préalable et qu'il aurait été approprié de lancer une campagne d'information du grand public afin de tâter le pouls de la population avant de déposer un projet de loi touchant aux conditions d'accès aux élections. La CHFEP rappelle dans ce cadre le référendum du 7 juin 2015.

Selon le gouvernement, la réforme en question est nécessaire pour mettre la législation luxembourgeoise en conformité avec le droit européen.

La CHFEP signale que les dispositions luxembourgeoises actuellement en vigueur sont toutefois bel et bien en accord avec les normes européennes et qu'elles ne posent donc pas de problème d'un point de vue juridique.

Ensuite, le gouvernement entend faciliter l'accès aux élections communales non seulement pour les ressortissants d'un autre État membre de l'Union européenne,

mais également pour «les autres ressortissants étrangers», c'est-à-dire pour les ressortissants de pays tiers. En ce faisant, il dépasse de loin le cadre de la directive européenne 94/80/CE, qui vise en effet uniquement les citoyens de l'Union. La directive ne peut donc pas servir de fondement pour justifier les dispositions projetées en faveur des ressortissants de pays tiers.

Le gouvernement estime que les adaptations prévues par le projet de réforme constituent un gain sensible pour la démocratie et la participation citoyenne au niveau local.

La CHFEP s'étonne de cette affirmation. Faut-il rappeler que l'on se trouve actuellement dans une situation sans précédent de désintérêt général pour la politique et pour la participation au processus électoral, ceci dans tous les pays européens notamment? De l'avis de la CHFEP, une participation plus large des citoyens étrangers aux élections ne peut être achevée que par des mesures destinées à favoriser l'intégration sociale et à enseigner les principes entourant la citoyenneté, les valeurs morales et le respect d'autrui par exemple. Le gouvernement ferait donc mieux d'agir prioritairement dans ces domaines au lieu d'essayer de promouvoir l'inscription électorale à travers des aménagements législatifs.

Halte aux ouvertures supplémentaires

Si la CHFEP peut éventuellement comprendre que le gouvernement entend harmoniser les conditions d'accès aux élections communales pour les ressortissants d'un autre État membre de l'Union européenne avec la directive 94/80/CE, elle insiste pour que le gouvernement tire désormais un trait sur toute autre ouverture éventuelle des conditions d'accès des ressortissants étrangers aux élections au niveau communal, mais aussi et surtout au niveau national. La CHFEP ne saurait acquiescer à une quelconque autre ouverture dans ce domaine.»



Kraftlose Bipartite als Aufwärmübung zur Lage der Nation

Lauwarme Ankündigungen

Im Vorfeld der Erklärung zur Lage der Nation fand ein Meinungs austausch zwischen der Regierung und den Vertretern der drei national repräsentativen Gewerkschaften statt. Auch wenn die Dreierkoalition keine Hiobsbotschaften verkündete, reicht diese flüchtige Unterredung längst nicht aus, um den Ausstieg aus der Krise zu bewerkstelligen. Drei Wochen später drückte der Staatsminister in seiner Regierungserklärung sein klares Bekenntnis zum Sozialdialog aus.

Am 22. September empfing die Regierung die Führungsspitzen der drei größten Gewerkschaften des Landes, CGFP, LCGB und OGBL zu einem bilateralen Gespräch. Neben Staatsminister Xavier Bettel nahmen auf Regierungsseite auch die beiden Vizepremierminister Dan Kersch und François Bausch daran teil.

Die Bipartite mag ein netter Ansatz gewesen sein, mehr jedoch nicht. Die Arbeitnehmervertreter konnten zwar ihre Sicht der Dinge darlegen. Konkrete Ergebnisse blieben bei dem anderthalbstündigen Treffen im Staatsministerium allerdings aus. Keine Frage, die sanitäre Krise belastet die öffentlichen Finanzen empfindlich. Schon jetzt schlägt die Corona-Krisenbekämpfung schätzungsweise mit fünf Milliarden Euro zu Buche. Trotz dieser angespannten finanziellen Lage hat Luxemburg die Pandemie bislang verhältnismäßig gut überstanden. 2020 lag das Defizit beim Zentralstaat bei 3,2 Milliarden Euro. Zuvor war man noch von minus fünf Milliarden Euro ausgegangen.

Das soziale Gefälle verringern

„Die Situation ist weniger dramatisch“, als dies anfänglich befürchtet wurde, sagte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff nach der Bipartite der Presse gegenüber. Die Regierung habe angedeutet, dass eine Sparpolitik zur Sanierung des Staatshaushalts derzeit nicht anstehe. Damit wird zumindest eine CGFP-Kernforderungen berücksichtigt. „Statt Sparmaßnahmen zu beschließen, müssen sich die politischen Entscheidungsträger überlegen, wie sie das soziale Gefälle, das im Laufe der Krise zugenommen hat, verringern wollen“, betonte CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger im Anschluss an die Bipartite. Auch nach den Parlamentswahlen von 2023 dürften keine gravierenden Einsparungen in Erwägung gezogen werden.

Die Pandemie hat jedem eindrucksvoll bewiesen, wie unverzichtbar ein zuverlässiges öffentliches Gesundheitssystem ist. Die auf dem Solidaritätsprinzip beruhende Finanzierung der Sozialversicherung darf unter keinen Umständen infrage gestellt werden. Die Politik ist dazu verpflichtet, im Dialog mit den Sozialpartnern dafür zu sorgen, dass das Sozialsystem nicht aus den Fugen gerät.

Das Koalitionsversprechen, eine große Steuerreform zu wagen, könne derzeit

nicht verwirklicht werden, räumte die Regierung bei der Bipartite nochmals ein. Die Krise sei nicht überstanden, sodass das genaue Ausmaß der Pandemie auf die Staatsfinanzen noch nicht abzuschätzen sei, hieß es. Auch wenn die längst überfällige Steuerreform in dieser Legislaturperiode nicht mehr das Licht der Welt erblicken wird, fordert die CGFP, dass die verbleibende Zeit dieser Legislaturperiode zur Umsetzung von punktuellen Maßnahmen für mehr Steuergerechtigkeit genutzt wird (Abschaffung der Steuerklasse 1a, Anpassung der Steuertabelle an die Inflation...). Zudem ist es für die CGFP nicht länger hinnehmbar, dass Arbeitsleistungen wesentlich höher besteuert werden als Kapitalerträge. Bereits vor der Sommerpause hatte die LSAP-Fraktion verkündet, es gebe Raum für „Ad-hoc-Anpassungen“ beim Steuersystem. Ziel sei es, die Steuerlandschaft gerechter zu gestalten. Bislang blieb es jedoch bei den Ankündigungen.

Bei der jüngsten Bipartite mit der Regierung beschwerten sich die Arbeitnehmervertreter über den mangelnden Sozialdialog. Das Gewerkschaftslager besteht weiterhin darauf, die Tripartite-Gespräche auf nationaler Ebene fortzusetzen (siehe dazu auch Seite 9). Vieles ist noch unklar, auch wie genau der wirtschaftliche Neuanfang gelingen soll. Immerhin versprach der Regierungschef in seiner Rede zur Lage der Nation, er werde Ende des Jahres ein Dreiergespräch einberufen. Die CGFP begrüßt diesen Schritt, denn nur so kann das nötige Vertrauensklima geschaffen werden.

Kein wahrer Sozialdialog

Nach Angaben des Staatsministers führte die Dreierkoalition während der Pandemie rund 100 Unterredungen mit den Sozialpartnern. In diesem Zusammenhang bedauert die CGFP jedoch, dass es sich bei einem Großteil dieser Gespräche lediglich um Informationstreffen mit vorgefertigten Meinungen handelte. Die zum Jahresende vorgesehene Tripartite-Runde darf sich nicht, wie verlautete, ausschließlich mit der zukünftigen Entwicklung des Arbeitsmarktes befassen. Auch andere Themen, die dringend einer Lösung bedürfen, müssen dieses Mal in den Vordergrund rücken.

Vor dem Parlament ging der Regierungschef ausführlich auf den Kampf

gegen den Klimawandel ein. Gegen das Schaffen eines sogenannten Klimabürgerrats ist prinzipiell nichts einzuwenden. Die CGFP möchte jedoch von der Regierung erfahren, wie sie die Sozialpartner einbinden möchte. Erst vor Kurzem wurden die Arbeitnehmervertreter bei der Klimaplattform ausgebaut.

Mit einem Bündel von Maßnahmen will Blau-Rot-Grün mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Mit der Einführung einer Reform der Grundsteuer sowie einer Steuer für Immobilienhaie, die aus spekulativen Ursachen Grundstücke zurückhalten, hat sich die Regierung dazu verpflichtet, zwei weiteren CGFP-Forderungen Rechnung zu tragen. Diese beiden Maßnahmen reichen jedoch längst nicht aus, um Herr der Lage zu werden.

Wohnungsmisere ohne Ende

Wie nie zuvor ist die Regierung gefordert, zusätzlichen erschwinglichen Wohnraum zu schaffen. Die Misere auf dem Immobilienmarkt sorgt inzwischen quer durch alle Schichten der Gesellschaft für Abstiegsängste. Selbst junge Menschen, die einer höheren Laufbahn angehören, können sich angesichts der überhöhten Preise den Traum eines Eigenheims nicht mehr erfüllen.

Absolut lobenswert ist aus CGFP-Sicht die angekündigte Umsetzung zahlreicher familienfreundlicher Maßnahmen. Die Erhöhung der Teuerungszulage, die künftige kostenlose Kinderbetreuung in den Maisons Relais an Werktagen sowie die Reindexierung des Kindergeldes werden insbesondere die Mittelschicht entlasten.

Vor dem Parlament bestätigte Premier Bettel, dass die Regierung demnächst mit der CGFP über die künftige Regelung des Homeoffice im Staatsdienst für die Zeit nach der Pandemie verhandeln wird. Der CGFP-Nationalvorstand hat diesbezüglich am 11. Oktober einen breit gefächerten Forderungskatalog verabschiedet, über den anschließend mit der Regierung verhandelt wird.

Die Dreierkoalition ist auch fest gewillt, das Recht auf Teilzeitarbeit einzuführen. Ein Teil der Pensionsbeiträge soll vom Staat übernommen werden. Für die CGFP versteht es sich von selbst, dass dieses Konzept auch im öffentlichen Dienst Anwendung finden muss.

Regierung uneinig bei Kernthemen?

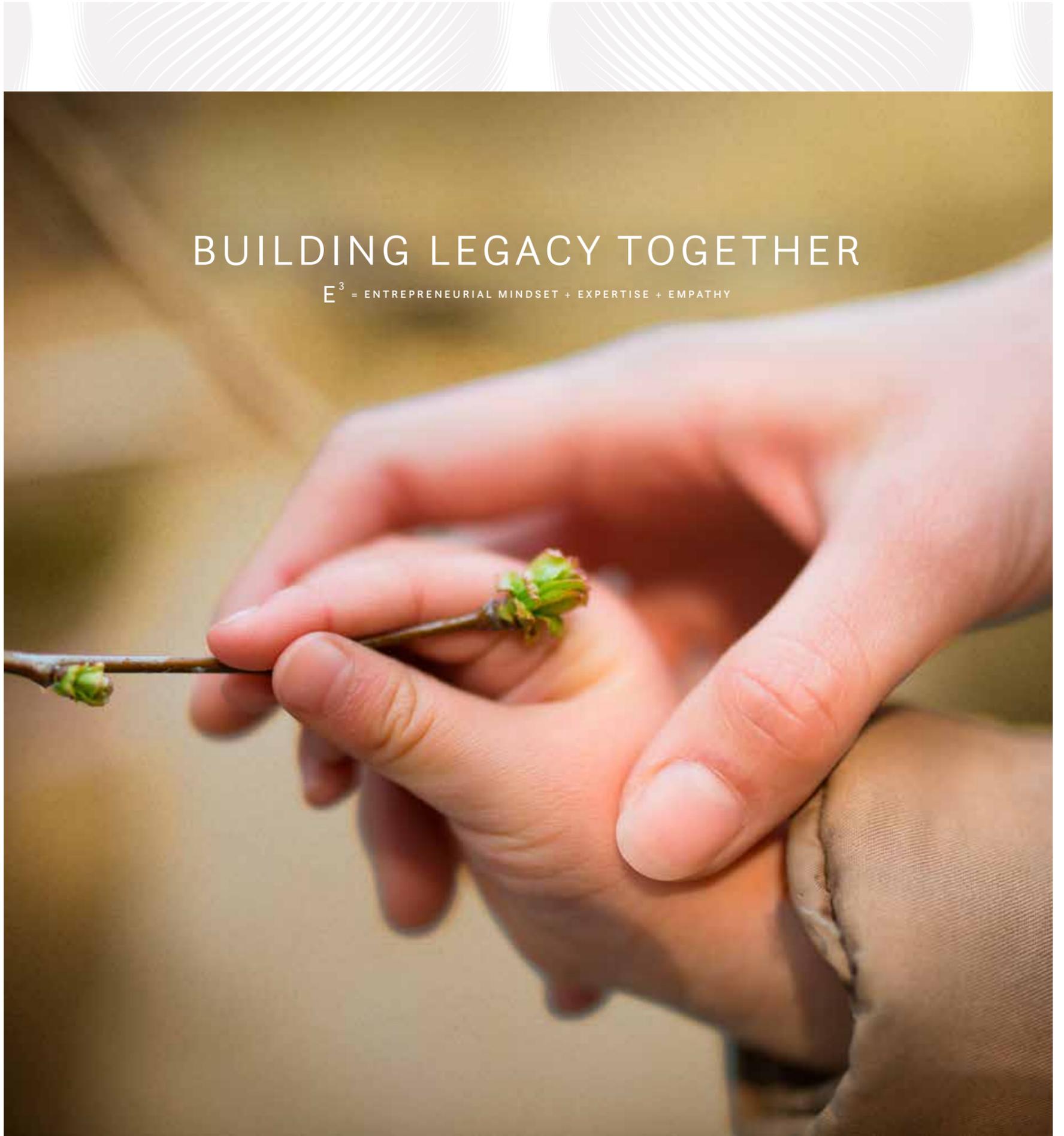
Die Regierung darf für die verbleibende Zeit ihrer Amtsperiode nicht in einer Art Lauerstellung verharren. Bis zum Superwahljahr 2023 im Tiefschlaf vor sich hin zu schlummern, würde bedeuten, wertvolle Chancen verstreichen zu lassen. Die Dreierkoalition muss endlich den Mut haben, das heiße Eisen anzupacken. Die Covid-19-Krise darf nicht als Vorwand für eine generelle Handlungsunfähigkeit missbraucht werden. Monatelang auf die politische Gestaltung des Landes zu verzichten, wäre grob fahrlässig.

Fast könnte man jedoch meinen, dass bereits in der Hälfte der Legislaturperiode alle Bemühungen der Regierungsparteien auf die Vorbereitung der nächsten Wahlkampagne ausgerichtet sind. Probleme, die dringend einer Lösung bedürfen, werden hingegen auf die lange Bank geschoben. So manches lässt darauf schließen, dass das Dreiergespann bei Kernthemen wie Steuer- und Umweltpolitik, Wohnungskrise oder Sicherheit nicht in der Lage ist, die nötige Schnittmenge zu finden.

Nachdem bei der ersten Auflage der Dreierkoalition alle gesellschaftspolitischen Themen abgearbeitet wurden, scheinen nun gemeinsame Nenner innerhalb der Regierung immer seltener zu werden. Vielleicht ist gerade dies der Grund, warum sich die Exekutive bei der wiederholten Forderung nach einer Tripartite bislang wie das Kaninchen vor der Schlange verhalten hat. Dabei sind wegweisende Entscheidungen wichtiger denn je.

Max Lemmer





BUILDING LEGACY TOGETHER

E³ = ENTREPRENEURIAL MINDSET + EXPERTISE + EMPATHY

As a bank established by a family, we truly understand the importance of managing and preserving your wealth from personal and professional perspective. At Banque Havilland, we harness the entrepreneurial mind-set of our founder with the expertise and empathy of our professional teams to deliver tailored wealth management solutions to build and protect your legacy. Contact us at banquehavilland.com.



BANKING SERVICES INVESTMENT SERVICES INSTITUTIONAL SERVICES

LUXEMBOURG LONDON MONACO LIECHTENSTEIN DUBAI GENEVA ZURICH



Zum Neustart des Sozialdialogs

Klare Konzepte, statt Neiddebatten

Bei den Sozialpartnern hängt der Haussegen schief. Selbst die jüngsten Versuche der Regierung, den Sozialdialog wieder sanft anzukurbeln, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass das erfolgreiche „Luxemburger Modell“ schleunigst wiederbelebt werden muss. Dabei hat die in den 70er-Jahren zur Überwindung der Stahlkrise ins Leben gerufene Tripartite Luxemburg mehrmals ermöglicht, große Herausforderungen im nationalen Konsens und im Interesse der Allgemeinheit zu meistern. Seit Jahren macht das Patronat dennoch keinen Hehl daraus, dass ihm nichts mehr an einer Fortsetzung der Dreiergespräche auf Landesebene liegt.

Die unheilvolle Entwicklung setzte im Jahre 2006 ein. Erstmals seit Jahrzehnten wurde damals das altbewährte Indexsystem angetastet, indem die Indexranchen über einen Zeitraum von drei Jahren zeitlich hinausgeschoben wurden. Unmittelbar nach dem Besiegeln des Abkommens räumte die damalige CSV-LSAP Regierung ein, dass die Lage der öffentlichen Finanzen weit aus besser sei als ursprünglich vermutet. Offensichtlich hatte die Regierung zuvor den Sozialpartnern unzuverlässige Eckdaten vorgelegt – dies war ein Affront für die Gewerkschaftsseite. Seit diesem gravierenden Vertrauensbruch kommen große Beschlüsse auf Tripartite-Ebene nicht mehr richtig zustande.

Die Tripartite im Wandel der Zeiten

2010 unternahm der damalige Premierminister Juncker mit den Sozialpartnern einen Versuch zur Wiederbelebung des Sozialdialogs. Im Sinne einer sozialeren Gerechtigkeit wurden auch ehemalige Polit- und Gewerkschaftsgrößen einbezogen. Doch diese Bemühungen konnten das Scheitern der Dreiergespräche im April 2010 nicht verhindern. Mitauschlaggebend für diesen Misserfolg waren die inakzeptablen Vorschläge zur Reform des Indexsystems.

Infolge einer unzureichenden Schnittmenge wurden ab Herbst 2010 nur noch Bipartite-Gespräche geführt. Dabei einigten sich Regierung und Gewerkschaften immerhin auf eine leichte Ummodellierung des Indexsystems, um Schlimmeres zu vermeiden.

Im Jahr 2013 versprach Blau-Rot-Grün, den Tripartite-Verhandlungen neues Leben einzuhauchen. Die CGFP stand dieser Ankündigung skeptisch gegenüber, zumal sich hinter den Kulissen des Regierungslagers zahlreiche externe Berater von unternehmensnahen Auditgesellschaften tummelten.

2016 rief der Arbeitgeberdachverband UEL die Dreierkoalition auf, künftig die Sozialpartner nur noch in getrennten

Gesprächen über ihre Vorschläge zu unterrichten. Dieses Statement war für die Gewerkschaften, insbesondere für die CGFP, nicht hinnehmbar.

Es folgten mehrere Schlagabtausche, wenig später der Eklat: Anlässlich einer Sitzung des ständigen Beschäftigungsausschusses (CPTÉ) kehrte das Patronat diesem Gremium den Rücken. Die Arbeitgebervertreter versuchten, massiv an den Grundrissen des Luxemburger Sozialmodells zu rütteln. Den Gewerkschaften stieß dieser Boykott des Patronats übel auf. In einer gemeinsamen groß angelegten Protestkundgebung machten CGFP, LCGB und OGBL ihrem Ärger Luft. Mit Erfolg, wie sich später herausstellen sollte.

Nach dem Ausbruch der Pandemie 2020 dauerte es vier Monate, bis die Regierung auf Druck der Gewerkschaften entschied, eine Tripartite einzuberufen. Die Koalition legte allerdings die Tagesordnung im Alleingang fest, d.h. ohne Berücksichtigung der von Gewerkschaftsseite eingereichten Vorschläge. Auf der Agenda stand lediglich ein Punkt: „Beschäftigung“. Zu einem offenen Austausch kam es auch diesmal nicht. Die Regierung begnügte sich damit, ihre vorgefertigten Meinungen darzulegen. Alle anderen Themen wurden von vorneherein ausgeklammert, weitere Diskussionen vermieden.

Angesichts der drohenden Wirtschafts- und Sozialkrise forderte die CGFP die Einberufung einer zweiten wahren Tripartite-Runde, die diesen Namen auch verdient. Premierminister Bettel willigte zunächst ein, bevor er vor seiner Rede zur Lage der Nation 2020 ohne Vorankündigung einen Rückzieher machte. Die Dreiergespräche wurden auf Januar 2021 vertagt. Doch auch diesen Termin ließ die Regierung sorglos verstreichen.

Es mag lobenswert sein, dass die Dreierkoalition zum Jahresende jetzt wieder einen neuen Anlauf starten will. Weit aus sinnvoller wäre es jedoch gewesen, die Tripartite-Runde, wie ursprünglich vorgesehen, im Vorfeld des „état de la Nation“ einzuberufen, um die Denksätze aller Sozialpartner einfließen zu lassen. Anders als verlautet, darf sich das nächste Dreiergespräch nicht ausschließlich mit der zukünftigen Entwicklung des Arbeitsmarktes befassen.

Erforderlich sind klare Konzepte, wie das milliardenschwere Loch infolge der Corona-Kosten gestopft werden kann. Von Beginn an pochte die CGFP darauf, dass der Politik nicht dieselben groben Fehler unterlaufen wie nach der Finanzkrise von 2008. Dank der Hartnäckigkeit der CGFP gelangte die Regierung bei der Lage zur Nation zur Einsicht, dass es kontraproduktiv sei, die Corona-Ausgaben durch eine schonungslose

Sparpolitik zulasten der Privathaushalte auszugleichen. Bislang hat Luxemburg die Corona-Krise verhältnismäßig gut überstanden, sodass es genügend finanziellen Handlungsspielraum gibt. Folglich wird die CGFP auch nach dem Superwahljahr 2023 keine Angriffe auf das Gesundheits- und Pensionssystem hinnehmen.

Die Kaufkraft der Bürger muss durch sozialverträgliche Maßnahmen, die keinem unkontrollierten Sparzwang unterliegen, gestärkt werden. Absolut lobenswert sind die von der Regierung angekündigten familienfreundlichen Maßnahmen. Bei der Erhöhung der Teuerungszulage wäre es jedoch mehr als angebracht, die Steuertabellen nach oben anzupassen, damit mehr Bürger in den Genuss dieser Anhebung gelangen. Gegen die künftigen kostenlosen Schulmahlzeiten ist prinzipiell nichts einzuwenden, vorausgesetzt, dass die festzulegende Einkommensobergrenze nicht zu niedrig sein wird.

Mit einer Reform der Grundsteuer und der Einführung einer Steuer für Bauspekulanten will die Regierung beim Kampf gegen die Wohnungsnot zwei CGFP-Kernforderungen umsetzen. Letzgenannte ist nunmehr seit acht Jahren ein Dauerbrenner. Es bleibt zu befürchten, dass dem Vorhaben ein ähnliches Schicksal blühen wird wie dem Baulandvertrag: Das Gesetzesprojekt liegt seit 2017 vor und wurde noch immer nicht verabschiedet. Weitere Maßnahmen wie eine Entschlackung der BauprozEDUREN blieben aus.

Eindämmung der Steuerschlupflöcher

Auch wenn die große Steuerreform verschoben wurde, spricht nichts dagegen, jetzt schon punktuelle Maßnahmen in die Wege zu leiten. Schmerzlich vermisst werden konkrete Aussagen zur Unterstützung von Alleinerziehenden. Die CGFP fordert zudem seit Jahren eine Anpassung der Steuertabelle an die Inflation sowie die Eindämmung der Steuerschlupflöcher, durch die dem Staat jedes Jahr kolossale Einnahmen abhanden kommen. Die Betriebsbesteuerung, die schon zwei Mal von Blau-Rot-Grün herabgesetzt wurde, darf nicht erneut gesenkt werden.

Die politisch Verantwortlichen dürfen auch den öffentlichen Dienst nicht als reinen Kostenfaktor ansehen, sondern als Stütze zum wirtschaftlichen Aufschwung. Insbesondere die Corona-Krise hat jedem vor Augen geführt, dass ein gut funktionierender Staatsdienst eine Investition in die Zukunft darstellt. Ein einseitiger Sozialabbau im Staatsdienst wäre zudem ein übler Verstoß gegen das mit der CGFP unterzeichnete Gehälterabkommen.

„Die Frage sei nicht, wann die nächste Tripartite stattfinden soll, sondern warum sie stattfinden soll“, meinte jüngst der UEL-Vorsitzende gegenüber dem Luxemburger Wort. Zudem beschwerte dieser sich über die angeblich aufgeblähten Staatsverwaltungen, die der Privatwirtschaft Personalressourcen abzapfen würden. Er klammert dabei jedoch aus, dass der rasante demografische Wandel hierzulande einen leistungsfähigen Staatsapparat erfordert. Davon profitiert auch und nicht zuletzt die Unternehmerseite.

Die altbackenen Aussagen des UEL-Präsidenten sind der Sache sicherlich nicht dienlich. Die aktuelle Krise erfordert mehr als populistische Neiddebatten und unbegründete Schuldzuweisungen. Sie sollte vielmehr ein Anlass sein, wesentliche Dinge, die im Argen liegen, zu verbessern und gemeinsam Lösungen zu finden. Dabei ist es ratsam, auf bewährte Kriseninstrumente zurückzugreifen und daher führt kein Weg an der Tripartite vorbei.

Würden die Gewerkschaften von Beginn an eingebunden werden, ließen sich Missverständnisse und eine damit einhergehende Spaltung der Gesellschaft besser vermeiden. Die jüngst beschlossene Ausdehnung des CovidCheck am Arbeitsplatz ist ein Paradebeispiel für eine völlig falsche Herangehensweise. Statt gemeinsam nach Alternativen für Kontrollverweigerer zu suchen, zog die Regierung es vor, im Alleingang harte Sanktionen durchzusetzen, die bis zum Arbeitsplatzverlust führen können. Für die drei national repräsentativen Gewerkschaften stellt die Einführung eines „Pay-to-work-Systems“ ein No Go dar.

Das Aushandeln von Kompromissen muss in den kommenden Wochen im Vordergrund stehen, statt Showeinlagen, die einzig und allein der Außendarstellung einzelner Akteure dienen. Als Dachverband aller öffentlich Bediensteten wird sich die CGFP nicht ins Abseits drängen lassen. Wozu es führen kann, wenn versucht wird, die Stimme der Staatsbediensteten zu ignorieren, hat die Vergangenheit eindrucksvoll gezeigt.

Steve Heiliger,
CGFP-Generalsekretär
Romain Wolff,
CGFP Nationalpräsident

* Der entsprechende Artikel wurde am vergangenen 16. Oktober im „Luxemburger Wort“ in der Rubrik „Analyse und Meinung“ veröffentlicht.





Wer bezahlt die Kosten der Pandemie?

Wer zahlt die Kosten der Pandemie?

Die Covid-19-Krise belastet die öffentlichen Finanzen erheblich: Die Kosten betragen mehrere Milliarden Euro. Abgesehen von einigen abenteuerlichen Ideeneinwürfen lässt eine tiefgründige Debatte über den richtigen Weg zur Begleichung der Corona-Rechnung weiter auf sich warten. Die CGFP vertritt eine unmissverständliche Haltung: Finanzielle Einschnitte zulasten der Privathaushalte sind jetzt – und auch nach dem Superwahljahr 2023 – inakzeptabel.

Bei den Experten herrscht die übereinstimmende Meinung, dass 2021 ein gutes Jahr für die luxemburgische Wirtschaft ist. Die Prognosen lassen darauf schließen, dass sich die Wirtschaft weiter schnell erholen wird. 2020 habe sie nur einen leichten Rückgang von 1,8 % verzeichnet, betonte neulich Finanzminister Pierre Gramegna. Dieses Jahr sei mit einem Wirtschaftswachstum von rund 6 % zu rechnen.

Diese ermutigenden Zahlen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Pandemiegeschehen mit seiner Vielzahl an Virusvarianten weiterhin die öffentlichen Finanzen stark belastet. 2020 wies der Gesamtstaat ein Defizit von 2,278 Milliarden Euro auf. Dieses Jahr wird das Defizit auf 416 Millionen Euro schrumpfen. Während der Krise ist Luxemburgs Staatsschuld nur um 3,2 % gestiegen. 2022 wird sie bei 26,6 % des

Bruttoinlandsprodukts liegen und sich bis 2025 bei 27 % einpendeln. Verglichen mit unseren Nachbarstaaten, deren Staatsschuld in dem gleichen Zeitraum zwischen 10,1 % und 18,1 % anwuchs, kam das Großherzogtum noch glimpflich davon. Der Schuldenstand hat dennoch ein für luxemburgische Verhältnisse neues Rekordniveau erreicht.

Zur Eindämmung des heimtückischen Virus hat die Politik beachtliche Maßnahmen ergriffen, die irgendwann finanziert werden müssen. Schätzungen zufolge haben die Corona-Hilfspakete bislang ein Loch von rund fünf Milliarden Euro in die Staatskasse gerissen. Die Frage, wie diese finanzielle Lücke wieder geschlossen werden soll, rückt zunehmend in den Fokus.

Der Regierung stehen dabei mindestens zwei Optionen zur Verfügung: Entweder sie nimmt weitere Kredite auf und hinterlässt damit den künftigen Generationen höhere Schulden oder sie beschließt schmerzvolle Sparmaßnahmen, die vorwiegend die Bürger treffen. Insbesondere letztere Variante stellt für die CGFP auch langfristig gesehen ein No-Go dar. Eine dritte Variante, jenseits von Sparmaßnahmen und Schulden, könnte darin bestehen, die Corona-Schulden mit dem erhofften Wirtschaftswachstum zu begleichen.

Erste Anzeichen einer schleichenden Sparpolitik

Immer wieder wurden zur Sanierung des Staatshaushalts Kürzungen von Sozialleistungen beschlossen – so geschehen bei der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/2009. Damals setzten sich die Befürworter der rigorosen Haushaltsdisziplin durch. Deutschland drückte dem gesamten Euroraum seine Sparpolitik auf, getreu dem Motto „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“. Die Zielvorgabe bestand darin, im eigenen Haushalt eine schwarze Null zu schreiben. Diese gnadenlose Austeritätspolitik, die maßgeblich zulasten der Privathaushalte ging, darf sich nach Auffassung der CGFP nicht nochmals wiederholen. Es kann nicht angehen, dass einzig und alleine die Bürger die Corona-Kosten auslöffeln.

Die Politik muss endlich einsehen, dass es Ziele gibt, die den Staatsschulden und dem Haushaltsdefizit überzuordnen sind. Die sozialen Ungleichheiten müssen dringend beseitigt werden. Auch die Vollbeschäftigung und die Bildung dürfen nicht einem schonungslosen Sparkurs zum Opfer fallen.

Bislang war Finanzminister Pierre Gramegna kein eiserner Verfechter der schwarzen Null. Vorsicht ist dennoch geboten, denn die Regierung hat in den vergangenen Wochen erste Signale gesendet, die Anlass zur Besorgnis geben. So soll z.B. in den kommenden zwei Jahren das Budget der Universität Luxemburg sowie anderer Forschungsinstitute nicht aufgestockt werden.

Steuergerechtigkeit im freien Fall

Die Verschiebung der großen Steuerreform stellt einen weiteren Rückschlag für die Privathaushalte dar, weil der erhoffte Kaufkraftgewinn vorläufig ausbleibt. Nach ihrer Wiederwahl im Jahr 2018 hatte die Dreierkoalition noch voller Tatendrang eine große Steuerreform angekündigt. Blau-Rot-Grün war u.a. fest dazu entschlossen, eine einheitliche Steuerklasse für Verheiratete und Ledige zu schaffen. Noch immer zahlen Ledige hierzulande fast drei Mal so hohe Steuern wie Verheiratete. Die angedachte Neuregelung sollte eine Entlastung beider Gruppen nach sich ziehen.

Von diesem ehrgeizigen Vorhaben, das als Herzstück des Regierungsprogramms gewertet wurde, ist beinahe nichts mehr übrig geblieben. In Pandemie- und Krisenzeiten hält Finanzminister Gramegna Steuersenkungen und -erhöhungen für unangemessen. Eine mit Schulden finanzierte Steuerreform sei nicht mit einer vernünftigen Finanzpolitik vereinbar, heißt es aus dem Mehrheitslager.

Das Steuerrecht soll jetzt nur noch – wenn überhaupt – ansatzweise geändert werden. Die üblichen Arbeitnehmer werden jedoch daraus kaum Nutzen ziehen. Dabei gäbe es reichlich Handlungsbedarf: Seit Jahren befindet sich die Steuergerechtigkeit im freien Fall. Längst überfällig ist die Anpassung der Steuertabelle an die Inflation. Akuten



Handlungsbedarf sieht die CGFP zudem in Bezug auf die Steuerklasse 1a. Seit längerem drängt sich auch eine steuerliche Entlastung der Alleinerziehenden auf.

Die Steuereinnahmen, die der Staat im ersten Halbjahr 2021 eingefahren hat, sind ermutigend. Der Gesamtbetrag betrug elf Milliarden Euro und liegt somit über dem Vorkrisenniveau. Auch wenn angesichts der Corona-Folgekosten die Umsetzung einer globalen Steuerreform bis auf Weiteres vom Tisch ist, so ist es für die CGFP nicht nachvollziehbar, dass die Regierung keine punktuellen Maßnahmen für mehr Steuergerechtigkeit in Angriff nimmt.

In Luxemburg wird es schon fast zur Gewohnheit, dass manche Politiker im Sommerloch versuchen, mit Steuerdebatten ein höheres Maß an Sichtbarkeit zu erhalten. Vor einem Jahr trat der damalige CSV-Präsident Frank Engel für eine stärkere Besteuerung des Reichtums ein. In diesem Sinne brachte er u.a. eine Erbschaftssteuer in direkter Linie ins Gespräch. Zudem sollte über Anpassungen bei der Vermögenssteuer nachgedacht werden. Mit diesen Aussagen handelte sich Engel sogar innerhalb seiner damaligen Partei mächtig Ärger ein.

Anfang August preschte Vizepremier Dan Kersch mit der Idee zur Einführung einer Corona-Steuer vor. Unternehmen, die in den Jahren 2020 und 2021 ihre Gewinne gegenüber den fünf vorangegangenen Jahren durchschnittlich um mindestens 10 % gesteigert haben, sollten zur Kasse gebeten werden.

Sogar innerhalb der Koalition wurde dieser Vorschlag nicht gerade euphorisch aufgenommen. Das Defizit in der Staatskasse müsse durch Mehreinnahmen ausgeglichen werden, konterte die DP-Vorsitzende. Déi Gréng vermittelten unterdessen nach außen hin den Eindruck, als ob sie nicht wirklich eine Meinung dazu hätten.

Berechtigte Bedenken

Auf den ersten Blick mag die Idee einer solidarischen Corona-Steuer sympathisch und einleuchtend sein. Bei näherer Betrachtung stellt sich jedoch zunehmend heraus, dass kein handfestes Konzept vorhanden ist. Hinsichtlich der praktischen Umsetzbarkeit haben sowohl die CGFP als auch die Berufskammer aller öffentlich Bediensteten bereits mehrfach ihre berechtigten Bedenken zum Ausdruck gebracht.

Die von der CGFP angeführten Argumente sind hinlänglich bekannt. Welche Kriterien sind bei der Definition der Krisengewinner ausschlaggebend? Soll der Corona-Steuersatz gestaffelt bzw. gedeckelt werden? Soll die Corona-Abgabe nur einmal erhoben werden oder soll sie sich über einen längeren Zeitraum erstrecken? Diese und andere Fragen bleiben einer Antwort schuldig.

Die Umsetzbarkeit der Corona-Steuer ausschließlich vom politischen Willen abhängig zu machen, ist eine allzu simplistische Herangehensweise, denn rechtlich gesehen stünde eine solche Abgabe auf tönernen Füßen. Zu klären bleibt, ob die Corona-Steuer überhaupt verfassungskonform ist. Jedes Jahr wird die Steuergesetzgebung mit der Verabschiedung des Budgetgesetzes angepasst. Eine nachträgliche Besteuerung in Bezug auf das Jahr 2020 wäre ein waghalsiges Unterfangen.

Zudem bleibt zu befürchten, dass Unternehmen, die dazu verdonnert werden, einen größeren finanziellen Beitrag zur Krisenbewältigung zu leisten, die Mehrkosten auf die Endverbraucher abwäl-

zen. Auf die Privathaushalte käme somit indirekt ein Kaufkraftverlust zu.

Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass eine Corona-Steuer die Falschen trifft. Der Teufel steckt im Detail. Ähnlich wie bei der umfassenden internationalen Steuerreform, die sicherstellen soll, dass weltweit agierende Großkonzerne ihren gerechten Anteil an Steuern zahlen, könnten auch bei der Einführung einer Corona-Steuer böse Überraschungen auftreten.

Giganten wie Amazon&Co verfügen über ein Heer von Anwälten und Steuerexperten, die pffiffige Konzepte zur Steuervermeidung ausarbeiten. Die Vorgehensweise zielt jedes Mal darauf ab, Gewinne zu verschieben, um somit galant durch das Steuernetz zu schlüpfen. Amazon, dessen Gründer Jeff Bezos neulich mit seiner Spritztour ins Weltall viel Unverständnis erntete, verbuchte im vergangenen Jahr in Luxemburg einen Verlust von 1,2 Milliarden Euro. Der Luxemburger Staat gewährte dem Konzern eine Steuergutschrift von mehr als 52 Millionen Euro. Zählt Amazon damit zu den Verlierern der Pandemie? Wohl kaum!

Ist es nicht hypokritisch und inkonsequent, Gewinne, die während der Pandemie von kleineren Unternehmen erwirtschaftet wurden, steuerlich bestrafen zu wollen, während wirklich große Erträge, die einflussreiche Bauträger seit Jahrzehnten im Immobilienbereich erzielen, weitestgehend unangestastet bleiben? Die Politik wäre gut beraten, gerade in Krisenzeiten auf billige Neiddebatten zu verzichten.

Es ist zudem irrsinnig zu glauben, dass eine Corona-Steuer die Kosten der Pandemie wettmachen könne. Die Befürworter einer Steuer für Krisengewinner gehen davon aus, dass die Corona-Steuer innerhalb von zwei Jahren Einnahmen in Höhe von 100 bis 120 Millionen Euro generieren wird. Diese Summe ist im Vergleich zu dem milliarden schweren Loch, das die Corona-Krise in der Staatskasse hinterlassen hat, ein Pappenstiel.

Wenn die Regierung den kommenden Generationen keinen wachsenden Schuldenberg hinterlassen möchte und gleichzeitig schmerzvolle Sparmaßnahmen ausschließen will, kommt



sie nicht daran vorbei, sich Gedanken über die künftige Betriebsbesteuerung zu machen. Dabei sollen nicht die mittelständigen Betriebe, die brav ihre Steuern zahlen und teilweise noch immer mit den Folgen der Pandemie zu kämpfen haben, ins Visier genommen werden. Vielmehr müssen jene Unternehmen, die für ihre dubiosen Praktiken zur Steuervermeidung berüchtigt sind, ihren Beitrag zu einer solidarischen Gesellschaft leisten.

Weniger als 1 % Steueraufkommen

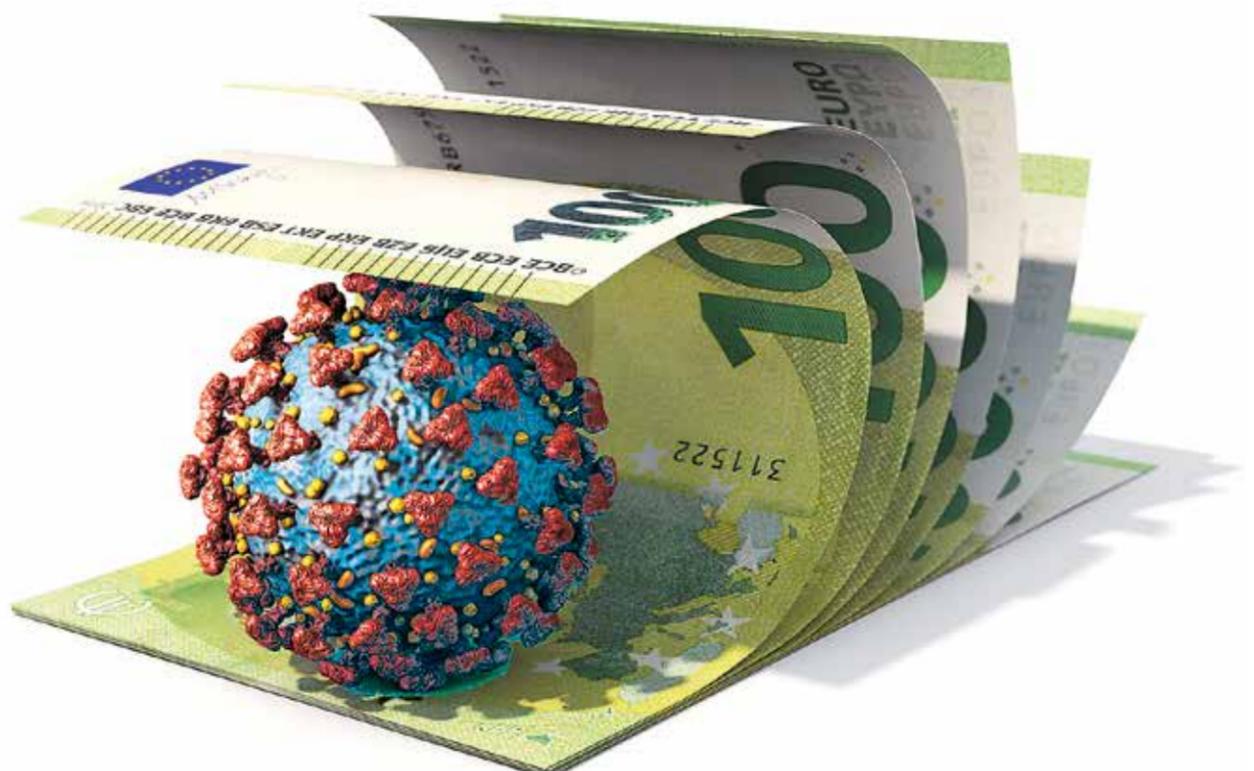
Handlungsbedarf gib es diesbezüglich insbesondere bei den „Big Player“, die nur einen Bruchteil von dem vorgesehenen Steuersatz (25 %) an den Staat zahlen. Im Vorkrisenjahr lag der Gesamtgewinn der luxemburgischen Firmen bei 700 Milliarden Euro. Das

Steueraufkommen auf diesem beachtlichen Betrag machte weniger als 1 % aus. Setzt man genau hier den Hebel an, erübrigen sich mühsame Diskussionen wie jene über die Einführung einer Corona-Steuer.

Statt das Problem an der Wurzel zu packen, weicht die Politik häufig aus, indem sie Nebelkerzen zündet. Die wahren steuerpolitischen Themen, die eine sachliche Debatte verdienen, bleiben dabei meist auf der Strecke.

Bislang hat sich die Politik davor geschaut, eine Spekulationssteuer zu lasten der Baulöwen umzusetzen, um die akute Wohnungskrise zumindest ansatzweise in den Griff zu bekommen. Die Zukunft wird zeigen, ob die politisch Verantwortlichen den Mut haben werden, diese Herausforderung tatsächlich offensiv anzugehen.

Max Lemmer





Die vergessenen Helden des Alltags

Auf dem Höhepunkt der Pandemie wurden die Staatsbediensteten überall in Europa als Helden des Alltags gefeiert, die das öffentliche Leben aufrecht erhielten. Geht es jedoch um deren Anliegen, schenkt ihnen die Politik weit aus weniger Gehör. Diese Haltung macht sich teilweise auch in Luxemburg bemerkbar. Ein kompetenter Staatsdienst erfordert mehr als nur Beifall und Likes in den sozialen Netzwerken.

Nach den Sommerferien legten der Deutsche Beamtenbund und die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di ihre Forderungen dar: 4,8 % mehr Lohn für die 2,3 Millionen Staatsbediensteten und für die 200.000 Beamten des Bundes sowie zusätzliche freie Tage und bessere Altersteilzeit-Regeln. Die Arbeitgeberseite stellte sich quer und weigerte sich, ein Gegenangebot zu machen.

In Deutschland haben sich dadurch die Fronten verhärtet. Bundesweit wurden Warnstreiks gestartet, da politisch Verantwortliche oft nur dann handlungs-

bereit sind, wenn sie einem steigenden öffentlichen Druck ausgesetzt sind.

Bleibt die Politik trotz mehrfacher Mahnungen noch immer beratungsresistent, haben die Gewerkschaften keine andere Wahl, als Aktionen zu starten, die im schlimmsten Fall in einen Arbeitskonflikt münden. Streiks sind in zahlreichen Ländern das letzte Mittel, wenn Verhandlungen scheitern oder erst gar nicht stattfinden. Während des Corona-Lockdown war der gewerkschaftliche Spielraum jedoch auch hierzulande monatelang eingengt.

Sind Forderungen nach Verbesserungen im öffentlichen Dienst gerechtfertigt, während die Wirtschaft nach dem gravierenden Corona-Einbruch wieder versucht, kontinuierlich an Fahrt zu gewinnen? Steht es Beamten, die eine Jobgarantie haben und keine durch Kurzarbeit bedingte Einkommensverluste einbüßen mussten, überhaupt zu, solche Ansprüche zu stellen? Die Antwort lautet: JA, warum denn nicht?

Die Politik zieht die Scheuklappen an

Während der sanitären Krise galten die Staatsbediensteten als „systemrelevant“. Sie trugen mit dazu bei, dass das öffentliche Leben nicht kollabierte. Als die Corona-Lage zunehmend bedrohlicher wurde, hielten die staatlichen Mitarbeiter – wie viele andere Beschäftigte aus der Privatwirtschaft auch – ihren Kopf hin. Monatelang waren sie einer deutlich erhöhten Belastung ausgesetzt. Mit ihrem vorbildlichen Einsatz gingen sie oft hart an ihre Grenzen und sogar darüber hinaus. Es ist ihr Verdienst, dass Luxemburg einigermaßen gut durch die Krise kam. Es wäre unverföhren, jetzt noch von den staatlichen Mitarbeitern zu verlangen, für die Corona-Haushaltslöcher geradezustehen.

Die öffentlich Bediensteten verdienen eine Wertschätzung. Dies ist längst nicht immer der Fall. Anders als in vielen anderen Ländern wurde im luxemburgischen Staatsdienst für Zusatzleistungen in der Krisenzeit z.B. keine Corona-Prämie ausgezahlt.

Als pflichtbewusster Sozialpartner hat die CGFP bei den letzten Gehälterverhandlungen inmitten der Pandemie wahre Größe gezeigt. Obwohl die letzte Lohnerhöhung im Staatsdienst bereits im Jahr 2016 erfolgte und eine Punktwertterhöhung längst überfällig gewesen wäre, hat die CGFP angesichts der

damals angespannten Lage dieses Mal auf allgemeingültige finanzielle Forderungen verzichtet.

Im Umkehrschluss hätte man erwarten können, dass die Regierung danach eine ebenso verantwortungsvolle und faire Herangehensweise an den Tag legen würde. Doch genau das Gegenteil trat ein. Sobald in manchen Bereichen des Staatsdienstes berechnete Forderungen gestellt werden, ziehen die politischen Entscheidungsträger die Scheuklappen an.

Zugegeben: Nicht alles, was derzeit auf sektorieller Ebene im Staatsdienst geschieht, ist schlecht. Bei der Harmonisierung der unteren Laufbahnen wurden beispielsweise Fortschritte erzielt. Außerdem war der Minister des öffentlichen Dienstes, Marc Hansen, bereit, die Verhandlungen zur Aufwertung der Pfleger-Laufbahnen (aides-soignants) mit den zuständigen CGFP-Fachverbänden aufzunehmen.

Ein Armutszeugnis erster Güte

In anderen Bereichen des Staatsdienstes nimmt die Regierung hingegen eine recht eigenwillige Haltung ein. Dabei muss das im März 2021 mit der CGFP ausgehandelte Gehälterabkommen als Vorwand herhalten, um absolut legitime sektorielle Forderungen auf unbestimmte Zeit nach hinten zu verschieben.

Im Musikunterricht könne bei den Lehrbeauftragten eine Anpassung der Laufbahnen erst im Superwahljahr 2023 erfolgen. Schuld daran sei das mit der CGFP ausgehandelte Besoldungsabkommen für den öffentlichen Dienst, so die scheinheilige Argumentation der zuständigen Ressortminister. Auch bei der Forderung nach einer Anerkennung des Brevet de technicien supérieur (BTS) sowie bei der geplanten Einführung einer Prämie im Bereich der Verteidi-



gung wurde diese trügerische Rhetorik benutzt.

Diese konsequente Desinformationspolitik seitens der Dreierkoalition ist ein dreister Versuch, mit fadenscheinigen Argumenten einer Gewerkschaft die Schuld für die politische Handlungsfähigkeit zuzuschreiben. Eine von der CGFP beauftragte Anwaltskanzlei schlußfolgerte, dass der Verzicht auf eine generelle Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst keineswegs die Umsetzung sektorieller Forderungen ausschließt. Woanders sieht die Lage teilweise sogar noch schlimmer aus. In Deutschland z.B. müssen inzwischen immer häufiger Gerichte eingeschaltet werden, um verfassungskonforme Lohnforderungen durchzusetzen.

Vor wenigen Monaten noch wurden die staatlichen Mitarbeiter als „Helden des Alltags“ gefeiert. Zahlreiche Verwaltungen, die sich mit viel Erfahrung und Know-how pausenlos in den Dienst der Allgemeinheit stellten, ernteten sowohl von der Politik als auch von den Bürgern reichlich Applaus. Die Polizei, die Armee, die Lehrkräfte, die Rettungsdienste, der Zoll, die Post, die Flughafenbehörde, all diese Bereiche des öffentlichen Dienstes, die stellvertretend für andere Beispiele gelten, wurden für ihren Beitrag zur Krisenbewältigung mit Lob überschüttet. Was ist letztendlich von dieser Anfangseuphorie übrig geblieben? Nicht viel! Statt Klatschen werden die einstigen Helden heute von der Regierung kaum beachtet.

Handlungsfähigkeit des Staates gewährleisten

Gerade jetzt, wo die Lage auf der Corona-Front in den kommenden Monaten wieder bedrohlicher werden könnte, sind die Staatsbediensteten erneut gefordert. Die sektoriellen Anliegen der CGFP-Fachverbände sind jedoch nicht allein deshalb gerechtfertigt. Neben dem Schichtdienst und dem Einspringen für kranke Mitarbeiter kommt erschwerend hinzu, dass mehrere Verwaltungen ohnehin schon mit einem chronischen Personalmangel zu kämpfen haben.

Die Corona-Krise hat gezeigt, welche Schlüsselrolle der öffentliche Dienst spielt. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, sind gewerkschaftliche Forderungen wie eine angemessene Vergütung, die Aufwertung einiger Laufbahnen und mehr Anerkennung für die geleistete Arbeit absolut gerechtfertigt.

Statt sich damit zu begnügen, die staatlichen Mitarbeiter in den sozialen Netzwerken mit Worten wie „Held*innen“ oder „systemrelevant“ zu bauchpinseln, täte die Politik besser daran, sich durch konkretes Handeln zu einem starken öffentlichen Dienst zu bekennen. Nur so kann vermieden werden, dass sich beim Aufeinandertreffen von Anspruch und Realität, Frust und Unmut in der Bevölkerung breitmacht. Eine wahre Wertschätzung erfordert mehr als medienwirksame, aber völlig unverbindliche Hashtags, Likes und schnell gedrehte Handyvideos.

Die politisch Verantwortlichen lassen bislang keine Einsicht erkennen und setzen dabei das krisenerprobte „Lötzeburger Modell“ absichtlich aufs Spiel. Sofern kein Umdenken erfolgt, wird damit langfristig gesehen die Handlungsfähigkeit des Staates ins Wanken geraten. Dabei hätte man erwarten können, dass die Politik Lehren aus der Corona-Krise zieht. Während der Covid-19-Krise hat der öffentliche Dienst auch die restlichen Bedenken der ewigen Nörgler beseitigt, sodass es wahrlich keinen Grund gibt, an

dem plumpen und für den Staatsdienst völlig ungeeigneten Bewertungssystem festzuhalten.

Die gut funktionierenden Behörden haben sich mit ihren fleißigen, hochmotivierten und kompetenten Mitarbeitern in all den Jahren als äußerst wertvoll und unumgänglich erwiesen. Damit dies auch so bleibt, darf der öffentliche Dienst nicht an Attraktivität einbüßen. Jetzt gilt es, die Weichen für die Zukunft zu stellen, damit der Staatsdienst nicht den Anschluss verpasst. Obwohl etliche Verbesserungen in jüngster Vergangenheit dank der CGFP erreicht wurden, besteht weiterhin Handlungsbedarf. Mit Beifall allein lassen sich vereinzelte Schwachpunkte im öffentlichen Dienst nicht beheben. Noch immer gibt es derzeit z.B. zahlreiche fehlende und unbesetzte Stellen beim Staat. Nähere Informationen waren trotz Nachfrage bei der zuständigen Behörde nicht in Erfahrung zu bringen.

„In die Bezahlung investieren“

„Ein personell auf Kante genähter und schlecht ausgerüsteter öffentlicher Dienst kann verheerende Folgen haben. Ohne eine gut aufgestellte Verwaltung bleibt jede Gesetzgebung nur ein Stückwerk – ob bei Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Umwelt, Finanzen oder einem der vielen anderen Politikfelder. Deshalb muss jetzt investiert werden, auch und gerade in die Bezahlung. Nicht nur, um die zahllosen offenen Stellen zu besetzen, um Nachwuchs- und Fachkräfte zu werben. Sondern auch um den Kolleg*innen, die das Land allen Widrigkeiten zum Trotz am Laufen halten, die verdiente Wertschätzung zu zeigen“, sagte der Bundesvorsitzende des Deutschen Beamtenbunds (dbb) Ulrich Silberbach bei der Vorstellung der gewerkschaftlichen Forderungen am vergangenen 26. August in Berlin.

Dem ist aus CGFP-Sicht nichts mehr beizufügen. Nach der Pandemie darf der öffentliche Dienst auf keinen Fall das Opfer einer unerbittlichen Sparpolitik werden. Der Staat muss mit der rasanten demografischen Entwicklung Schritt halten. Der Vorfall im hauptstädtischen Bahnhofsviertel, bei dem ein Mann vom Wachhund einer privaten Sicherheitsfirma verletzt wurde, hat jedem vor Augen geführt, dass der Polizeikorps weiter personell aufgestockt werden muss. Dabei darf sich nicht darauf beschränkt werden, nur die natürlichen Abgänge zu ersetzen. Der Personalmangel im Polizeikorps stellt zudem keinen Einzelfall dar. Angesichts der rollenden Digitalisierungswelle sind weitere Investitionen sowie die Einstellung von zusätzlichen IT-Fachkräften notwendig.

Weigert sich die Politik, den demografischen Wandel bei der Einstellungspolitik zu berücksichtigen, werden sich die Engpässe in manchen staatlichen Verwaltungen weiter zuspitzen. Die Politik hat das Problem zwar erkannt, aber bei der Umsetzung gibt es aber noch immer gravierende Mängel. Die CGFP wird nicht mehr länger hinnehmen, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst die Versäumnisse der Politik ausbügeln müssen.

Völlig zu Recht hat der Staat beträchtliche finanzielle Mittel in Milliardenhöhe zur Krisenüberwindung bereitgestellt. Unternehmen, die besonders stark unter den Folgen der Pandemie gelitten haben, wurden mit Beihilfen unterstützt. Berechtigterweise hat die Regierung damals erkannt, dass eine auf budgetären Zwängen beruhende Politik insbeson-



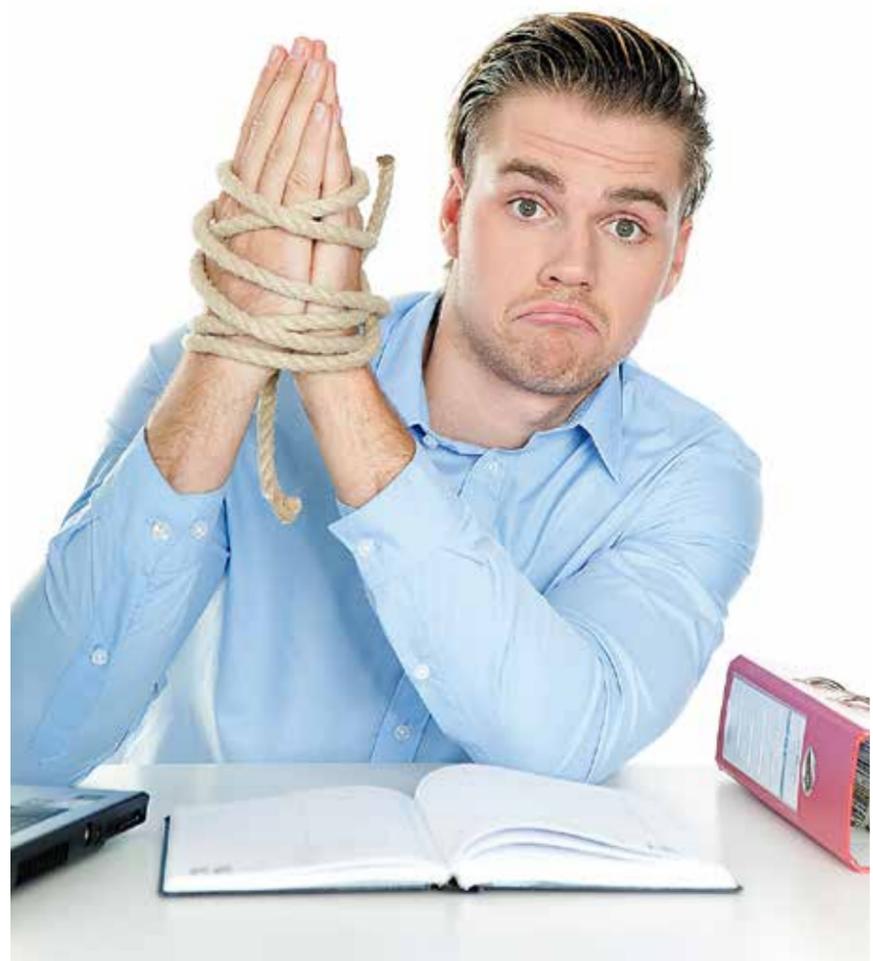
dere in Krisenzeiten absolut fehl am Platz ist.

Das Mottenkistenrepertoire der Sparfanatiker

Wer in der Krise auf Einsparungen setzt, drosselt das Wachstum und trägt dazu bei, dass die Krise zu einer Verschärfung der sozialen Probleme führt. Anders als bei der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008/2009 dürfen die simplistischen Argumente aus dem Mottenkistenrepertoire der unbelehrbaren Sparfanatiker nicht erneut die Oberhand gewinnen. Die Regierung hat bei der Lage zur Nation Abstand von einer Austeritätspolitik genommen. Wie sie jedoch gedenkt, die Corona-Ausgaben zu begleichen, verriet sie nicht.

Mit Nachdruck weist die CGFP darauf hin, dass ein auf dem Rücken der staatlichen Belegschaft ausgetragener Sparkurs in keinerlei Hinsicht die Probleme der Staatsfinanzen lösen würde. Falls die Regierung dennoch beabsichtigt, sich künftig systematisch über die Belange der Staatsbediensteten hinwegzusetzen, würde sich diese Geringschätzung früh oder spät an ihr rächen. Eine Sanierung der Corona-Haushalte zulasten der öffentlich Bediensteten wäre zudem ein klarer Verstoß gegen das ausgehandelte Gehälterabkommen. Sollte dieses Szenario dennoch nach den Wahlen von 2023 eintreten, ist mit massivem Widerstand seitens der CGFP zu rechnen.

Max Lemmer





Die Überwindung der Distanz

Eine Typologie (Teil I)

Der Weg zur Distanzlosigkeit

Es bedarf wohl weder eines besonders ausgeprägten Scharfsinns noch einer besonders kritischen Urteilskraft, um sich einer elementaren Schwäche des Menschen bewusst zu werden, nämlich der Unfähigkeit bzw. des Unwillens, Grenzen anzuerkennen. Diese hindern ihn auf als zuweilen unverschämt empfundene Weise daran, Distanzen zu überwinden, d. h. ein gestecktes Ziel schnellstmöglich und ohne Umwege zu verwirklichen. Ferner fällt es dem Herdenmenschen reichlich schwer, Abstand zu halten, auf sich alleine gestellt zu sein, sich mit sich selbst zu beschäftigen – immerhin sind wir ja Mitglieder einer Gesellschaft oder vielmehr „gesellige“ Wesen. Insgesamt sind wir uns in den letzten Jahrzehnten einen guten Schritt näher gerückt, haben uns der Höflichkeitsform und Krawatte größten-

teils entledigt, um so etwas gelassener und distanzloser unser gemeinsames Leben zu fristen. In der Regel wird Distanz heutzutage eher als störend, gar unpässlich beargwöhnt, da sie uns Steine in den schnellen Weg zum Glück legt oder uns am fröhlichen Beisammensein hindert.

In seinem 1755 edierten *Discours sur l'origine de l'inégalité* kreidet der kulturpessimistische und gesellschaftskritische Philosoph Jean-Jacques Rousseau implizit das Phänomen der Distanz bereits an:

„Le premier qui ayant enclos un terrain s'avisait de dire, ceci est à moi, et trouva des gens assez simples pour le croire, fut le vrai fondateur de la société civile. Que de crimes, de guerres, de meurtres, que de misères et d'horreurs, n'eût point épargnés au Genre-humain celui qui arrachant les pieux ou comblant le fossé, eût crié à ses semblables.

Gardez-vous d'écouter cet imposteur; Vous êtes perdus, si vous oubliez que les fruits sont à tous, et que la Terre n'est à personne“. (ROUSSEAU 1969, S. 94)

Das eines der Merkmale der Zivilisation bildende Privateigentum wird von dem Genfer Träumer als Ursprung allen Übels, vor allem der Ungleichheit, der Kriege und Vergehen denunziert, denn das Eigenheim stellt seinen Überlegungen zufolge ja nichts anderes dar als ein Schaffen von Abgrenzungen und Distanz: Die Gartenzaun-Idylle wird bereits vor ihrem eigentlichen Entstehen im neunzehnten (Biedermeier) und zwanzigsten Jahrhundert (Kleingartenidylle in der Nachkriegszeit) zerstört. Auch wenn diese Feststellung Rousseaus den Verdacht eines Widerspruchs zu den einleitenden Worten aufkommen lässt, da doch die meisten ihren Besitz zu schätzen wissen und bestrebt sind, diesen von begehrliehen Fingern fernzuhalten, also „auf Distanz zu halten“, so begnügen wir uns zunächst mit der Zwischenbilanz, dass der Philosoph in der Distanz etwas höchst Problematisches und Unruhe Stiftendes zu erkennen glaubt, während dem Einspruch die ihm gebührende Aufmerksamkeit an anderer Stelle geschenkt werden wird.

Spätestens die „wilden Sechziger“ führten zu einem regelrechten gesellschaftlichen Paradigmenwechsel, dessen Konsequenzen sich zum Teil noch auf die heutige Gesellschaft auswirken. Antiautoritäre Erziehung sowie das Aufeinanderhocken in den Kommunen liefern nur zwei Beispiele einer Abschaffung von Distanz: Distanzlosigkeit zwischen Eltern und Kindern und freie Lebensweisen als Gegenentwurf zum als faschistoid verurteilten kleinbürgerlichen Familienleben. Ob es wirklich als fortschrittlich gewertet werden kann, wenn wir uns mit widerspenstigen Kindern herumplagen bzw. unsere Wohnung mit einer ganzen

Bande teilen müssen, bleibt fraglich, dennoch wird in den Bestrebungen und anhaltenden Auswirkungen der 60er-Generation deutlich, dass ein weiterer Schritt zur Überwindung der Distanz vollzogen wurde. Distanz wird heutzutage als Überheblichkeit, soziale Mangelhaftigkeit und zwischenmenschliches Gebrechen bzw. als Hürde für das Erreichen von (persönlichen) Zielen gewertet.

Dass in einer Zeit, in der der Mensch krampfhaft versucht, Distanz zu überwinden, diese geradezu wieder eingefordert wird, mag zunächst befremden. Die momentan grassierende Pandemie ermahnt beispielsweise den Einzelnen inständig, soziale Distanz zu wahren, der Autofahrer wird von überdimensionalen, die Standspur schmückenden Plakaten mit dem Aufruf „Respect my space“ zum Abstandhalten konditioniert – wenigstens im Idealfall. Das durch das „social distancing“ hervorgerufene Unbehagen untermauert auf nicht unwesentliche Weise die Annahme, dass Distanz schwer zu ertragen ist und somit ständig zu bewussten und unbewussten Überwindungsversuchen führt. Diese iterativen Bekämpfungsstrategien erlauben den Entwurf einer insbesondere deskriptiven Typologie.

Der Drängler

Rationalismus und Bodenständigkeit des aufgeklärten Zeitgenossen werden zuweilen von surrealen, quasi mystischen Erfahrungen einer Doppelrealität durchkreuzt. In solchen schauerlichen Momenten kann es sich ereignen, dass Sie im Rückspiegel Ihres Fahrzeugs einen fremden Mitfahrer auf der hinteren Sitzbank wahrnehmen, obschon Sie bis jetzt der festen Überzeugung gewesen sind, alleine von zu Hause abgefahren zu sein. Diese einer Fata Morgana ähnliche Illusion platzt in relativ kurzer Zeit, und zwar dann, wenn Sie erkennen, dass sich die nicht identifizierte Person



Der fremde Mitfahrer auf der hinteren Sitzbank bewegt sich in regelmäßigen, quasi rhythmisch einstudierten Abständen horizontal hin und her – eine Erfahrung, die zuweilen durch gezielt eingesetzte Lichteffekte intensiviert wird. (Foto: Imago)

in regelmäßigen, quasi rhythmisch einstudierten Abständen horizontal – von links nach rechts – hin und her bewegt; diese Erfahrung kann in gewissen Fällen durch gezielt eingesetzte Lichteffekte intensiviert werden. Ähnliche Fälle einer weder angestrebten noch erwünschten Symbiose erleben Restaurant-Besucher: Vor dem Büfett spürt der etwas wankelmütige und unentschlossene Gast ein bis jetzt unbekanntes Zerren in der Rückengegend, einen tellerförmigen Druck, der sich allmählich und zunehmend inständiger in das Gewebe bohrt. Der Eindruck, sich in den doppelköpfigen Gott Janus zu verwandeln, wird meistens dadurch erweckt, dass Sie aus nächster Nähe – quasi auf Augen- oder Schulterhöhe – ein weiteres menschliches Haupt erblicken, das simultan höchstes Interesse für exakt dasselbe Croissant, mit dem Sie liebäugeln, bekundet; verstärkt wird diese Erfahrung durch motorische und akustische Begleiterscheinungen: einen vermeintlich unbeabsichtigten Schulterchluss und externe Atemgeräusche.

Die beiden Phänomene zeigen, dass Distanz für gewisse Personen in bestimmten Situationen eine Zumutung darstellt und schnellstmöglich überwunden werden muss. Persönliche, egoistische Ziele – sei es das Recht des freien Bürgers auf freie Fahrt oder, eher banal, die Befriedigung eines elementaren Triebs – sollten mit sofortiger Wirkung, die wiederum den Rückgriff auf sehr facettenreiche Mittel berechtigt, erreicht werden. Die blindwütige Egomane des Dränglers, der offensichtlich das zu einem allgemeinen Missmut führende Zurückstehen auf anderen Gebieten zu kompensieren versucht, ist eine „zivilisierte“ Form ureigener Aggressivität. Und Aggression bedeutet im etymologischen Sinn (lateinisch *agredi* – auf jemanden zuschreiten) das Überwinden einer Distanz. Um einen Kontrahenten anzugreifen, muss die Distanz (räumlich oder verbal) minimiert werden.

Der Jungbrunnen

Der Rat der Weisen und ehrwürdigen Greise hat längst dem aus der amerikanischen Schneewittchen-Hochburg stammenden und sich in Europa durchsetzenden Jugendkult den Platz räumen müssen. Die Hochkonjunktur ästhetischer Chirurgen oder chirurgischer Ästheten lässt auf die Ablehnung der unwiderruflichen Lebenskurve schließen: Je kürzer die Distanz zum Ende wird, umso intensiver wird das Bestreben, die große Distanz, die uns von der Jugend entfernt, zu überwinden. Jugendlichkeit wird gepriesen, das Alter verachtet. Rousseau scheint diese zweifelhafte Einstellung dem Leben gegenüber zu bekräftigen:

„L'exemple des Sauvages qu'on a presque tous trouvés à ce point semble confirmer que le Genre-humain étoit fait pour y rester toujours, que cet état est la véritable jeunesse du Monde, et que tous les progrès ultérieurs ont été en apparence autant de pas vers la perfection de l'individu, et en effet vers la décrépitude de l'espèce.“ (ROUSSEAU 1969, S. 101, H. v. m.)

Der Genfer Philosoph sehnt sich nach dem Naturzustand des „guten Wilden“ zurück, den er, auf die Welt im Allgemeinen bezogen, enthusiastisch als „wirkliche Jugend“ hochschätzt, während er Fortschritt, Entwicklung und Perfektion als „Altersschwäche“ schildert. Sowohl diese Anschauung als der vorherrschende Jugendkult sind höchst bedauerlich, zeugen sie doch von einer ungesunden Verehrung regressiver Tendenzen und sprechen dem Menschen die kon-

struktive Fähigkeit ab, sich weiterzuentwickeln, Erfahrungen zu sammeln und reifer zu werden. Dem sei doch Herders zyklische Geschichtsauffassung aus Respekt vor jeder Alterskategorie vorzuziehen: „Jede Nation hat ihren Mittelpunkt der Glückseligkeit in sich, wie jede Kugel ihren Schwerpunkt!“ (HERDER 1990, S. 35) Auf das Menschenalter bezogen:

„Der Jüngling ist nicht glücklicher als das unschuldige, zufriedene Kind, noch der ruhige Greis unglücklicher als der heftigstrebende Mann: der Pendel schlägt immer mit gleicher Kraft, wenn er am weitesten ausholt und desto schneller strebt, oder wenn er am langsamsten schwanket und sich der Ruhe nähert. Indes ist's doch ein ewiges Streben!“ (ebd., S. 38)

Das Alter zu akzeptieren, heißt, das Leben zu akzeptieren und somit sowohl die Distanz zum Ursprung als die Distanz zum Ende, während der ewige, aber allmählich und zwangsläufig mit künstlichen Mitteln zurechtgestutzte Jugendliche die Distanz zum Vergangenen bezwingen möchte; in diesem seinem Bemühen entfernt er sich letzten Endes von dem Leben im Hier und Jetzt zugunsten eines illusorischen Raums. Die Überwindung zeitlicher Distanz begrenzt sich aber keineswegs auf die Vergangenheit, sondern gleichermaßen auf die Zukunft.

Der Ungeduldige

„Und Fluch vor allen der Geduld!“ (GOETHE 1999, V. 1606), geifert Goethes Faust, den sein begrenztes Wissen doch arg in Mitleidenschaft zieht und der mithilfe des teuflischen Sozios versucht, räumliche und zeitliche Distanzen zu überwinden, ohne aber sich bewusst zu werden, welche verheerenden Auswirkungen und Konsequenzen die Schnelligkeit in sich birgt. Schnell genug kann es ebenfalls dem hektischen und nervösen Zeitgenossen sowohl auf materieller als auch auf geistiger Ebene nicht und niemals gehen: Anstehen am Tresen bzw. Schalter geht gar nicht, weshalb Supermärkte, Postämter, Behörden in ihrer Not und pazifistischen Gesinnung ihre Kunden seit längerem mithilfe ausgeklügelter Wartenummern-Automaten zurück ins Glied abkommandieren; einzige Herausforderung bleibt, wer als Erster



„Kaum aber hatte Aschenbach ihn ein wenig genauer ins Auge gefaßt, als er mit einer Art von Entsetzen erkannte, daß der Jüngling falsch war. Er war alt, man konnte nicht zweifeln. Runzeln umgaben ihm Augen und Mund. Das matte Karmesin der Wangen war Schminke, das braune Haar unter dem farbig umwundenen Strohhut Perücke, [...] sein aufgesetztes Schnurrbärtchen und die Fliege am Kinn gefärbt [...]. Wußten, bemerkten sie [d. i. die jungen Leute] nicht, daß er alt war, daß er zu Unrecht ihre stutzerhafte und bunte Kleidung trug, zu Unrecht einen der Ihren spielte?“ (Mann 1990, S. 460) (Quelle: Death in Venice by Luchino Visconti 1971)

diesen Automaten erreicht hat. Eine Wartezeit von sechs Monaten, bevor das neu erstandene Kraftfahrzeug vom Käufer mit offenen Armen empfangen werden kann, treibt den Einen oder Anderen in pathologische Zustände, ähnlich einer tiefen Verzweiflung oder Depression. Gegen Mitternacht abgeschickte und morgens um sieben Uhr noch immer nicht beantwortete E-Mails an Verwaltungen, Lehrer oder andere Dienstleister leiten eine Phase höchster Empörung und schwer einzudämmender Raserei ein.

Der Ungeduldige als Nabel der Welt und überzeugter Anhänger des Anthropozentrismus – wenigstens auf seine Person bezogen – bekämpft die auf die Zukunft gerichtete Distanz mit allen Mitteln. Schwärmten die Romantiker noch sehnsüchtig von dem Weg, der doch eine intensivere Erfahrung darstelle als das Ziel, so erhebt der Hitzige Anspruch auf eine Gleichzeitigkeit von Wunsch und Erfüllung, während die Zwischenzeit regelrecht ausgemerzt werden muss. Blind bleibt er für das bedenkenlose Verprassen kostbarer Lebenszeit: „Nur noch zwei Monate, bis...“ die Reise in die Südsee stattfindet, der neue Wagen eintrifft, das neue Schwimmbecken im Garten installiert sein wird, Trudi und die Kinder nach Hause kommen (Ehepartner und Kinder gehören mittlerweile auch

zur „gutbürgerlichen Ausstattung“). An dieser Stelle sollte der Leser kurz innehalten und die letzten Tage Revue passieren lassen: Wie oft wünschen wir uns, dass Zeit vergeht, um am Ende unserer Zeit zu bedauern, dass die Zeit vergangen ist? – „Ich bin nur durch die Welt gerannt.“ (ebd., V. 11433), bedauert Faust am Lebensabend.

Der Aktionist

Zeitliche Distanz auf einer geistigen Ebene materialisiert sich in dem Phänomen der Langeweile, ist der sich durch einen übertriebenen Betätigungsdrang charakterisierende Aktionist doch außerstande, „lange zu weilen“. Vielmehr erweckt dieser den Anschein einer Aufziehpuppe, die unbeirrt ihrer Tätigkeit im Gleichschritt nachgeht, solange eben genügend Energie vorhanden ist: Zeitliche Distanz wird durch unentwegte Tätigkeit neutralisiert. Das Movens dieses ungebändigten und nicht zu bändigenden Tatendrangs dürfte zum einen in dem unbeirrbareren Glauben an die eigene Unentbehrlichkeit und insofern in einem gewissen Grad an Selbstüberschätzung liegen: Eine harmonische Fortsetzung der Erdumdrehungen wird ohne persönlichen Beitrag als unmöglich empfunden. Zum anderen kommt dieses Verhalten einem Fluchtverhalten gleich: Einsamkeit und mangelnde Beschäftigung bzw.

Fortsetzung siehe Seite 16



Anstehen am Tresen bzw. Schalter geht gar nicht, weshalb u. a. Supermärkte in ihrer Not und pazifistischen Gesinnung ihre Kunden seit längerem mithilfe ausgeklügelter Wartenummern-Automaten zurück ins Glied abkommandieren. (Foto: Getty Images – The Image Banking)

Fortsetzung von Seite 15

Geschäftigkeit werfen den Aktionisten auf sein eigenes Ich zurück und zwingen ihn, sich mit diesem auseinanderzusetzen – sich eben mit sich selbst zu „beschäftigen“, was aber zuweilen auch zu einer erschreckenden Bewusstwerdung der eigenen inneren Leere führen kann. Bereits Blaise Pascal erkennt in dem „divertissement“ das menschliche Verhalten, sich mithilfe von einem mehr oder weniger sinnvollen oder sinnlosen Treiben vom Eigentlichen und Wesentlichen abzuwenden, also zu distanzieren:

„Rien n'est si insupportable à l'homme que d'être dans un plein repos, sans passions, sans affaire, sans divertissement, sans application. Il sent alors son néant, son abandon, son insuffisance, sa dépendance, son impuissance, son vide.“ (PASCAL 1972, S. 64)

Eine Variante des Aktionisten bietet der Globetrotter, der aus ähnlichen Gründen räumliche Distanzen zu überwinden sucht und sich quasi überall und nirgendwo auf dem Planeten aufhält – sein Leben besteht aus dem Ziel, von A nach B zu gelangen, also große Distanzen zurückzulegen.

Der Zudringliche

Konsul Hagenström in Thomas Manns *Buddenbrooks* verhält sich von klein auf sehr zudringlich gegenüber Tony Buddenbrook, verheiratete Permaneder, die er bereits als Kind zu einem Kuss nötigen möchte. Später, in der Erwachsenenwelt, in zivilisierten kaufmännischen Kreisen geht es etwas gediegener zu:

„Dann warf er [d.i. Konsul Hagenström, CH] einen Blick auf Senator Buddenbrook und Herrn Gosch, und da die beiden Herren im Gespräch begriffen waren, rückte er seinen Sessel näher zu Frau Permaneders Sofasitz heran und beugte sich zu ihr, so daß nun das schwere Pusten seiner Nase dicht unter der ihren ertönte. Zu höflich, sich abzuwenden und sich seinem Atem zu entziehen, saß sie steif und möglichst hoch aufgerichtet und blickte mit gesenkten Lidern auf ihn nieder. Aber er bemerkte durchaus nicht das Gezwegene und Unangenehme ihrer Lage.“ (MANN 1990, S. 604)

In der Tat hätte Frau Permaneder, geborene Buddenbrook, in dieser doch sehr alltäglichen und durchaus nicht seltenen Lage von unserer heutigen Pflicht des „Mund- und Nasenschutzes“ profitieren können...

Diese pittoreske, von einem überaus scharfsinnigen Menschenkenner entworfene Szene erlaubt vor allem einen Einblick in das menschliche Bedürfnis, dem Anderen seine eigene Körperlichkeit aufzuzwingen. Relikte aus vergangenen Zeiten wie schriftliche Anleitungen zum guten Benehmen – man denke an Knigge – bemühten sich noch um eine klare Grenzziehung zwischen dem Akzeptablen und dem Anrühigen; dementsprechend wurden körperliche Distanzen, die man gegenüber anderen zu respektieren hatte, klar definiert. Wie bereits oben erwähnt wurde und der Typus des Dränglers es bewiesen hat, haben wir diese Hemmschwelle aber bereits seit längerem überwunden; menschliche Körper scheinen sich gegenseitig anzuziehen, so dass man hinter dieser Kraft ein physikalisches Gesetz vermuten dürfte: Nehmen Sie auf einer noch menschenleeren Kneipenterrasse Platz, und es dauert nicht



Der sich durch einen übertriebenen Betätigungsdrang charakterisierende Aktionist erweckt den Anschein einer Aufziehpuppe, die unbeirrt ihrer Tätigkeit im Gleichschritt nachgeht, solange eben genügend Energie vorhanden ist.

lange, bis Sie eine der Rückenlehnen der am gerade frisch bevölkerten Nachbartisch angeordneten Sitzgelegenheiten zu spüren bekommen. Bis vor kurzem konnte man sich kaum eines Begrüßungskusses oder einer herzlichen bzw. herzhaften Umarmung von Seiten eines quasi Unbekannten erwehren. Regelrechte „Körperwelten“ erleben Sie vor allem an ungezwungenen Ferienorten in Küstenregionen; Gegenwehr leisten wiederum hoffärtige Restaurant- und Hotelinhaber mit etwas Würde einfordernden Kleiderordnungen, die zum Verzicht auf Unterhemden und bescheidene Lendenschürzen ermah-

nen. Physische bzw. körperliche Distanz wird also sowohl konkret-pragmatisch als auch visuell überwunden.

In diesem Kontext scheint es unumgänglich, uns die momentane Lage zu vergegenwärtigen und das Augenmerk auf ein neues Phänomen zu richten, dem wir einstweilig mithilfe des Neologismus „Nasalexhibitionismus“ etwas beizukommen versuchen. Natürlich hat die Pandemie uns alle dazu verpflichtet, uns schnellstmöglich der sehr herausfordernden Aufgabe, „chirurgische Instrumente“ korrekt handzuhaben, zu stellen und beispielsweise Schutzmas-

ken korrekt über Nasen- und Mundöffnung zu stülpen. Auf subtile Weise hat sich daraus der „Trend“ durchgesetzt, den Mund- und Nasenschutz etwas lässig und provokativ exakt zwischen Nasenspitze und mittlerer Oberlippe baumeln zu lassen, was zweifelsohne einen gewissen Effekt erzeugt: Dadurch, dass der Mund Opfer der Verhüllung bleibt, kommt die Nasenpracht dank dieser Kontrasterzeugung mehr zur Geltung. Auch hier handelt es sich um das Aufzwingen einer gewissen Körperlichkeit, die, übersetzt, nichts anderes ausdrückt als eine falsch verstandene Freiheit, eine störrische Ablehnung von Regeln, letzten Endes ein Leiden an einer visuellen Distanz, die man unterschwellig bekämpfen möchte. Selten ist man sich derart dieses nicht immer liebreizenden und anmutigen Körperteils bewusst gewesen, aber dafür sorgen ja die Nasalexhibitionisten.

Neben dem Zudringlichen gebührt dem Aufdringlichen etwas Aufmerksamkeit, denn er widersetzt sich vor allem hierarchischen Strukturen, die ja per se eine Distanz – vom Unterbau über den Mittelbau zum Oberbau – verkörpern. Die Höflichkeit verlangte bis jetzt, dass man den Gesprächspartner, Mitarbeiter oder Besucher, kurz den Mitmenschen etwas höherstellt, um einen elementaren Respekt zu bekunden. In vielen Sprachen, auch der unseren, drückt sich dieser Gestus in der Höflichkeitsformel aus, die aber zusehends dem Anachronismus und dem veralteten Sprachgebrauch zugeordnet wird. Das Du überwindet Distanz, aber eine Distanz, die zuweilen sehr nützlich wäre, um friedliches Zusammenleben zu gewährleisten: Man erlaubt sich nun eben mehr gegenüber einem Du als gegenüber einem Sie. Die Ablehnung und Überwindung von Distanzen werden letzten Endes in der dreisten Umgehung von Hierarchien ersichtlich: Selbstgerecht und von der eigenen Wichtigkeit felsenfest überzeugt, wendet sich der Aufdringliche in unterschiedlichen Bereichen unmittelbar, direkt, also ohne eine Distanz zu hinterlegen, an die Chefetage.

In der nächsten Ausgabe wird in einem zweiten Teil die Typologie fortgeführt und um einige Kategorien – den Offenerzigen, den Gleichmacher und den Populisten – ergänzt werden. Hinterfragt wird die menschliche Neigung, Distanzen zu überwinden, während die positiven Aspekte eines „gesunden“ Abstands, die eine neue „Kultur der Distanz“ befürworten, ergründet werden.

Claude Heiser

LITERATUR:

GOETHE, Johann Wolfgang (1999): Faust. Eine Tragödie, in: Ders.: Faust. Texte, hrsg. v. Albrecht Schöne, Bd. 1, Frankfurt a. M.: Deutscher Klassiker Verlag.

HERDER, Johann Gottfried (1990): Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit, hrsg. v. Hans-Dietrich Irmscher, Stuttgart: Reclam.

MANN, Thomas (1990): Buddenbrooks. Verfall einer Familie, in: Ders.: Gesammelte Werke in dreizehn Bänden, Bd. 1, Frankfurt a. M.: Fischer.

MANN, Thomas (1990): Der Tod in Venedig, in: Ders.: Gesammelte Werke in dreizehn Bänden, Bd. 8: Erzählungen. Florenza. Dichtungen, Frankfurt a. M.: Fischer.

PASCAL, Blaise (1972): Pensées. Préface et introduction de Léon Brunschvicg, Paris: Livre de Poche.

ROUSSEAU, Jean-Jacques (1969): Discours sur l'origine et les fondements de l'inégalité parmi les hommes. Texte établi, présenté et annoté par Jean Starobinski, Paris: Gallimard / folio essais.



Nasalexhibitionismus: Auf subtile Weise hat sich der Trend durchgesetzt, den Mund- und Nasenschutz etwas lässig und provokativ exakt zwischen Nasenspitze und mittlerer Oberlippe baumeln zu lassen.

(Foto: Imago – Michael Weber)



Luxemburg, die gigantische Datenspeicher-Rechenmaschine

„fonction publique“ versucht regelmäßig, den daran interessierten Lesern aus dem öffentlichen Dienst darzulegen, wie sich die innovativen Teile unserer Exportwirtschaft weiterentwickeln und dabei in einem immer härter werdenden internationalen Wettbewerb die Position unseres Landes verteidigen und verbessern. Dabei wird die Dynamik weniger von traditionellen Unternehmern als von neuen externen Investoren getragen.

Im erfolgreichen Erneuerungs- und Ausbauprozess spielen staatliche Initiativen eine entscheidende Rolle, nachdrücklich getragen von der proaktiven Begleitung durch die Verwaltungen, von leistungsstarken Infrastrukturen und vom optimalen Funktionieren des öffentlichen Dienstes mit seinen vielsprachigen, motivierten und kompetenten Staatsdienern. Die eklatante Attraktivität des Standortes Luxemburg beruht auf diesem perfekten Umfeld und auf der gleichzeitig gesicherten Lebensqualität im Lande, die Pioniere, Unternehmer und Talente sowie auch Investoren und Kunden anlocken.

Da viele wichtige Akteure der Privatwirtschaft Dienstleistungen und Waren erzeugen, die fast ausschließlich für das Ausland bestimmt sind, bleiben sie oft dem Luxemburger Publikum weitgehend unbekannt. Daher scheint es sinnvoll, ihr Wirken zusammenhängend und allgemein verständlich darzustellen, damit die Bürger die diesbezügliche ökonomische Entwicklung ihres Landes besser verfolgen können.

In diesem Artikel decken wir ein breites Spektrum an Tätigkeiten ab, die sich durch eine bemerkenswerte Produktivität und oft auch durch einen hohen Grad an Spezialisierung auszeichnen: die sogenannte ICT-Branche samt ihrer Kundschaft, also die Welt der Informations- und Kommunikationstechnologien, welche in letzter Zeit ständig an Bedeutung gewonnen haben und denen weiterhin ein schnelles Wachstum vorhergesagt wird.

Der Rohstoff der Zukunft sind die Daten, so heißt es in Zeiten der allgemeinen Digitalisierung von Wirtschaft und Verwaltung und der graduellen Robotisierung der Industrieproduktion. Big Data ist angesagt. Auf dem Vormarsch sind überall immer komplexere Algorithmen, die künstliche Intelligenz und das „Machine Learning“ mit Programmen, die ihre eigenen Rechen- und Denkfehler aufspüren und selbst beheben können.

Sehr zielstrebige Anstrengungen

Beginnen wir mit einem Blick auf die Hardware der Branche, die immer größer und zahlreicher werdenden Rechen- und Speicherkonzentrationen, die man Data-center nennt, und die digitalen Autobah-

nen aus Glasfaser, die uns an das weltweite Internet anbinden. Hinzu gesellen sich nun High-Performance-Computer mit enormem Leistungsvermögen.

Um Luxemburg bereits früh strategisch zu positionieren, ging der Staat vor über 20 Jahren in Vorleistung, als der Privatsektor das Potenzial Luxemburgs in diesem Bereich noch nicht erkannte oder das finanzielle Risiko scheute. Mit Hilfe der Post-Tochterfirma EBRC und des neugegründeten Unternehmens LuxConnect errichtete die öffentliche Hand leistungsstarke, hochverlässliche Rechenzentren und ließ im Ausland Tausende Kilometer eigener Glasfaserverbindungen zu den benachbarten Knotenpunkten des weltweiten Internets in Frankfurt, Amsterdam, Brüssel, Paris und Straßburg verlegen.

Zur Stärkung der Attraktivität des Standortes galt es damals, unseren Abstand zur digitalen Außenwelt auf wenige Mikrosekunden zu senken und Rechner für maximale Qualitäts- und Sicherheitsansprüche bereitzustellen. Bald konnte man verkünden, Luxemburg beherberge 25 % aller europäischen Rechenkapazität der höchsten Zuverlässigkeitsstufe (Klasse „Tier IV“), bei der eine

robuste Ausrüstung und viel Redundanz sicherstellen, dass eventuelle Betriebsausfälle maximal ein paar Minuten pro Jahr andauern.

Riesenarchiv mit täglichen Updates

So konnte sich Luxemburg inzwischen als Trutzburg der Datenaufbewahrung einen Namen machen. Im „European Resilience Center East“ in Betzdorf sind beispielsweise alle Auskünfte und Dokumente der Europäischen Union in sämtlichen Gemeinschaftssprachen abgespeichert, eine Riesensmenge an Auskünften, die tagtäglich vervollständigt und angepasst werden. Dieses Archiv wird ständig bereitgehalten, damit die politischen EU-Organe sowie die Bürger und die gesamte Außenwelt Informationen in Echtzeit abrufen können.

Gleiches gilt für die gesamten Daten des Verteidigungsbündnisses (NATO), allerdings mit besonders hohen Sicherheitsansprüchen und ohne Zugang der breiten Öffentlichkeit. Zusätzlich verwirklichte Luxemburg nun das Konzept der „E-Embassy“, der digitalen Botschaft, indem es dem souveränen Staat Estland in Bissen eine Datenbank mit diplomatischem extraterritorialem Statut einrichten ließ, zur Aufbewahrung einer Sicherheitskopie aller relevanten nationalen Angaben. Dieses weltweite Novum wird nun bereits kopiert, weil auch Monaco sich in Bissen eine ähnliche Auslandsvertretung zulegt.

Die Cloud ist nicht nirgendwo

Inzwischen haben mehrere Privatbieter massiv in Luxemburg investiert (oder sie sind wie Google im Begriff es tun), während die beiden staat-

lichen Akteure nun neun sogenannte „Colocational Data Centers“ betreiben. Diese Strukturen vermieten Computerkapazitäten an große kommerzielle und institutionelle Nutzer, da heute kaum noch ein Unternehmen einer anderen Branche eine eigene aufwendige Informatik zur Verfügung stellen will.

Diese Zentren sind supermoderne Wohngemeinschaften für das Datenhandling mit bestens abgesicherter Energie- und Datenzufuhr und allen erdenklichen Maßnahmen bezüglich der optimalen Raumtemperatur oder des Brand- und Einbruchschutzes. Hier kann man entweder schnell und flexibel Kapazitäten auf vorhandenen Servern belegen oder man mietet einfach Raum an, um eigene Rechner unterzubringen.

Die staatlichen Investitionen erlaubten es so vor Jahren den Akteuren des Finanzplatzes, ihre Betriebskosten für die Datenverarbeitung problemlos abzusenken, ohne ins Ausland ausweichen zu müssen. Und gleichzeitig galt es, unverzüglich den berechtigten hohen Erwartungen der außereuropäischen E-Commerce-Firmen und Internetdienstleister gerecht zu werden, als diese scharenweise im Gefolge von Amazon in Luxemburg auftauchten.

Immer anspruchsvollere Einrichtungen

Erinnern wir summarisch an die Vorgeschichte: Die ersten Computer entstanden in den 40er-Jahren; in den 70er-Jahren waren es weiterhin riesige Monster in abgeschlossenen Räumen, die mit Handschuhen von Spezialisten in weißen Kitteln bedient wurden, dann erhielten

Fortsetzung siehe Seite 18





Fortsetzung von Seite 17

auserwählte Büromenschen über eine Tastatur und einen grünflimmernden Schirm Zugang dazu, bevor plötzlich der persönliche Rechner namens PC als Desktop neben den großen Mainframe-Maschinen in Erscheinung trat.

Während Laptops und Tablets die kleinen Jobs übernahmen, befreiten sich die Firmen und Verwaltungen schnell von den Mühen und Kosten einer eigenen, ständig auszuweitenden Informatik durch das Auslagern aller digitalen Speicher in die sogenannte „Cloud“. Diese aber schwebt, anders als ihr Name es vermuten lässt, nicht irgendwo unbesorgt und ungeschützt in den Wolken, sondern sie schottet sich zum Teil in professionell gesicherten Bunkern ab. Auf diesem lukrativen Markt gelang es auch Luxemburg, ein Stück vom großen Kuchen zu ergattern.

Nun geht seit Jahren die Rede von einer riesengroßen Google-Niederlassung. Die diesbezügliche ministerielle Ankündigung war mehr als verfrüht und verärgerte den amerikanischen Investor enorm. Sie war auch in einem geradezu grotesken Ausmaß falsch. Der damalige Wirtschaftsminister übertrieb um sage und schreibe 900 % : Die zur Einrichtung der Server vorgesehene Fläche gab Etienne Schneider öffentlich in Quadratmetern an. In Wirklichkeit handelte es sich jedoch um Quadratfuß. Diesen Lapsus bemerkten aber weder die berichtende Presse noch die kommentierende Opposition.

Ein Supergehirn

Aber auch in seiner tatsächlichen Dimension übertrifft das Vorhaben die heute in Luxemburg vorhandenen Kapazitäten um ein Vielfaches. Bei den Infrastrukturen betrifft die jüngste Entwicklung den vor einigen Monaten gestarteten Supercomputer MeluXina, den die staatliche Firma LuxProvide ebenfalls

in Bissen betreibt. Das Projekt ist in das europaweite EuroHPC-Netzwerk mit Zentrale in Luxemburg eingebunden.

Die Rechenleistung von MeluXina übersteigt zehn Petaflops. Pro Sekunde können also zehn Millionen Milliarden Operationen gleichzeitig durchgeführt werden. Und dies ist jetzt kein Schreibfehler: Gemeint ist wirklich eine Eins mit 15 Nullen! Die Anlage ist damit derzeit Nummer 36 unter den leistungsstärksten Rechnern der Welt.

High-Performance-Computer sind in der Forschung, wo extrem hohe Rechenleistungen erforderlich sind, unentbehrlich. Potenzielle lokale Kunden sind etwa die Universität (die seit Längerem schon einen eigenen, etwas kleineren Supercomputer betreibt) sowie auch die öffentlichen Forschungszentren und Privatfirmen, wie z.B. die Entwicklungslabore von Goodyear und der weltraumgestützte Datenlieferant Spire Global.

Der Bedarf verdoppelt sich alle 18 Monate

Damit sind wir bei den IT-Nutzern angelangt. Hier zeigt sich, wie vielfältig unser Datensektor ist, der in unzählige Geschäftsfelder hineinreicht und oft eine dominierende und entscheidende Rolle spielt. So ist vor allem der Finanzplatz eine riesige Rechen- und Buchungsmaschine, eine virtuelle Registrierkasse und ein tagesaktuelles Dokumentenarchiv.

Diese Datenautomaten füttern täglich zigtausend Bankfachleute und Mitarbeiter im In- und Ausland. Ebenso viele arbeiten die Unmengen an Daten auf, die hier kontinuierlich als neue Dokumente ausgespuckt oder auf Bildschirme projiziert werden. Und jeder von uns trägt am Bankomat-Schalter und per Online-Banking direkt zu dieser maschinellen Rechnerlei bei.

Doch der inländische Zahlungsverkehr und alle Finanzoperationen mit hiesigen Kunden fallen nicht ins Gewicht gegenüber dem Bedarf des internationalen Geschäftes, das weitaus schneller expandiert. So ist das Großherzogtum zum europäischen Mekka des grenzüberschreitenden elektronischen Bezahls aufgerückt. Die führenden Online-Bezahldienste PayPal und Amazon Payments besitzen eine Banklizenz in Luxemburg, von wo aus sie alle Kunden in Europa online bedienen.

Verschiebebahnhof für immaterielles Geld

Daneben betreiben inzwischen 25 Finanzdienstleister ihre internationalen Geschäfte mit einer Luxemburger Zulassung, als „établissement de paiement“ oder als „établissement de monnaie élec-

tronique“. Hinzu kommen Online-Broker für Börsentransaktionen sowie gut aufgestellte Vermögensverwalter, die ihren Kunden online permanente Auskunft und interaktive Auftragsmöglichkeiten bieten. Doch auch deren Nachfrage an Computerleistung bleibt neben dem Rechen- und Speichervolumen der europäischen Kapitalmärkte und ihrer zentralen Schaltstellen einstweilen bescheiden.

Nehmen wir beispielsweise die Luxemburger Börse, wo über 37.000 verschiedene Wertpapiere „notiert“ oder „gelistet“ sind, vor allem solche mit festgelegtem Ertrag. Dies ist der längste Börsenzettel der Welt, und im expandierenden Bereich der Nachhaltigkeit notiert der „Luxembourg Green Exchange“ inzwischen 1.000 internationale Bonds oder über die Hälfte aller weltweiten Papiere für umweltfreundliches, klimagerechtes, kohlenstoffarmes, ethisches oder sozial- und „impakt“-bezogenes Investieren.

Für fast jedes notierte Wertpapier ist am Ende des Handelstages ein Abschlusskurs zu veröffentlichen. Wenn keine reale Transaktion erfolgt, muss der Tagespreis am späten Nachmittag errechnet werden, dies unter Einbeziehung der festgelegten Rendite, der Restlaufzeit des Papiers und des letzten Standes der Zinsmärkte.

Auch verlangt jede Notierung im Voraus das Erstellen und Veröffentlichen eines amtlich geprüften Prospektes, der mehrere Hundert Seiten umfassen kann. Dieser ist eventuell periodisch abzuändern oder mit Jahres- oder Quartalsberichten zu vervollständigen. All diese Datensätze sind zu prüfen und durch Rechts- und Auditkanzleien sowie durch Behörden zu beglaubigen. Im Falle von Großunternehmen sind sie für die gesamte Gruppe mit allen Tochterfirmen „konsolidiert“, auch über die Grenzen hinweg, oft mehr- oder vielsprachig, wenn man ein breites Investorenpublikum anspricht und bei der Stange halten will.

Die Zuverlässigkeit, ein absolutes Muss

Die entsprechenden Dokumentationen, die zusammen viele Millionen Seiten umfassen, sind stets zeitnah zu aktualisieren und müssen ständig online für die interessierten Investoren und Sparer zugänglich bleiben. Fehler sind wegen der Haftbarkeit und der drohenden Strafen tunlichst zu vermeiden. Und das Verteilen und Bereithalten dieser enormen, stets aktuellen Datenmenge stellt hohe technische Anforderungen dar.

Die Luxemburger Börse hat eine globale Bedeutung und Verantwortung, da

Schuldner aus 98 Ländern sie nutzen und allein 60 souveräne Staaten zumindest einen Teil ihrer Auslandsschulden dort notieren. Auch die Anleihen der Europäischen Investitionsbank, der EU-Organen sowie deren Rettungsfonds und alle internationalen Euro-Anleihen der Weltbank sind ausschließlich hier „gelistet“.

Dabei ist zu betonen, dass die modernen Finanzaktiva keine materiell verfügbaren „Papiere“ mehr sind, sondern elektronisch eingetragene Guthaben in Zentralregistern, in denen bei Veräußerungen die neuen Besitzverhältnisse durch eine Umbuchung verändert festgehalten werden.

Die elektronischen Tresore

In der Rechenmaschine Luxemburg sind die entsprechenden Schulden und Guthaben nicht einfach als Kopien der Realität abgebildet. Nein, die kostbaren Werte bestehen nur noch elektronisch, und die einzige Realität ist virtueller Natur. Für die meisten Aktien und Emissionen auf den nationalen Märkten geschieht die Aufbewahrung in lokalen Depot- und Clearingstellen, doch die weltweiten Märkte konzentrieren sich auf zwei Register, Euroclear in Brüssel und Clearstream in Luxemburg, sodass rund die Hälfte der globalen grenzüberschreitenden Bondverschuldung virtuell hierzulande aufbewahrt ist.

In Luxemburg besitzt die Firma Clearstream International SA eine Banklizenz. Sie betreibt aber ebenfalls die deutsche nationale Depotstelle in Frankfurt. Zurzeit verwahrt sie in Luxemburg Papierbestände von 7.329 Milliarden Euro sowie Investmentfondsdepots von 3.338 Milliarden Euro (Stand: Ende August 2021). 5.000 Banken aus aller Welt unterhalten Konten bei ihr, und sie rechnet mit 58 nationalen Verwahrstellen ab. Dabei führt sie in ihren Büchern 300.000 unterschiedliche national oder international gehandelte Aktien und Anteilscheine, Staatsschuldinstrumente und Firmenbonds sowie Investmentfonds, Depotscheine, Warrants, strukturierte Instrumente u.s.w. aus mehr als 110 Ländern der Welt.

Top Sicherheit

Sie bietet auch die Möglichkeit, die verwahrten Wertpapiere als Sicherheit für Finanzgeschäfte zu nutzen und blockieren zu lassen oder sie auszuleihen. Vor allem aber führt sie monatlich über zehn Millionen Transaktionen aus, das sogenannte Clearinggeschäft, eine unaufhaltsame Rechnerlei, die wegen der weltweit unterschiedlichen Zeitzonen rund um die Uhr gewährleistet werden muss.



Dies verlangt die extrem hohe „Tier IV“-Verlässlichkeit, da bereits technische Aussetzer von weniger als einer Stunde ein unvorstellbares Chaos auf den Weltmärkten verursachen würden. Die teilnehmenden Banken könnten somit im Handumdrehen als zahlungsunfähig erscheinen.

Was wir soeben für die notierten Wertpapiere beschrieben haben, gilt in ähnlicher Weise auch für die internationale „Fondsindustrie“, in der Luxemburg global die erste Geige spielt. In diesem Bereich sind in Luxemburg 15.000 Menschen beschäftigt, obschon der Vertrieb der Produkte weitestgehend an Bankenshaltern in Gesamteuropa und der ganzen Welt geschieht. Gebacken werden diese besonderen Brötchen hier, aber verkauft werden sie dezentral.

Bei diesen Aktiva erhält der Investor zwar einen Kontoauszug von seinem Finanzinstitut, aber der eigentliche Beweis der tatsächlichen Existenz liegt in der zentralen Buchhaltung in Luxemburg. Bei den Fonds sind die Risikoregeln und die Veröffentlichungspflichten noch strenger, ausführlicher und komplexer als bei den Börsenpapieren, da die Kundschaft viele Kleinsparer mit wenig Finanzerfahrung einschließt.

Die globale Fondshauptstadt

Über 60 % aller weltweit verkauften grenzüberschreitenden Investmentfonds sind in Luxemburg registriert. Derzeit sind dies 14.458 verschiedene Kompartimente mit einem Nettoinventarwert von 5.647 Milliarden Euro. Dabei erfolgt die Abwicklung teilweise über Clearstream, doch auch unsere Börse bietet eine Tochter namens Fundsquare als Verteilplattform für Fonds.

Bei den nur in börsennotierte Papiere investierten Fonds können die Kunden meist täglich Anteile kaufen und verkaufen. Dies verlangt jeden Tag einen präzisen Preis aufgrund des augenblicklichen Fondsvermögens. Jeden Abend, sobald die Börsenkurse der europäischen Wertpapiere bekannt sind, findet in Luxemburg eine weitere riesige Rechenerei statt, um alle Fondskurse des Tages zu liefern. Dabei wird in der Rechenmatrix für jeden Fonds der gesamte Portfoliobestand in allen Einzelheiten und mit allen Tagespreisen sowie auch die genaue Anzahl der ausgegebenen Anteilscheine einbezogen. Dies ist ein weiterer sportlicher, täglicher Wettlauf für alle betroffenen Buchhaltungen!

Die Maschine und ihr Personal

Diese Rechenkünste mit ihren juristisch-ökonomischen Hintergründen gehören zum wesentlichen Kern unseres Finanzplatzes, der somit nichts mit den Karikaturen der französischen Presse zu tun hat, die Koffer abbilden, die am Bankenschalter mit Bargeld entleert werden. Und so betrachtet wird unsere Finanzmetropole zu einer enormen Rechen- und Registriermaschine mit einem gigantischen, ständig aktualisierten Archiv.

Und die Buchhalter und Buchprüfer, Juristen und Analysten, Sachbearbeiter und Risikomanager, Compliance Officers und CEO's erscheinen als 50.000 bis 60.000 Handlanger dieses großen Apparates, dessen Erwartungen sie sich beugen müssen und dessen Rhythmus sie sich anzupassen haben. Selbstverständlich stellt diese Beschreibung eine überspitzte Verkürzung und eine Vereinfachung der Realität dar, aber gute Karikaturen decken bekanntlich oft versteckte Wahrheiten auf. Zwar kommt es maßgeblich auf den menschlichen Faktor an, aber dessen Know-how ist auf Chips, in Algorithmen und in Datenbanken festgehalten.

Und genauso verhält es sich mit der Wissenschaft, wo menschliches Fachwissen und Know-how die Richtung bestimmen, der schnelle Fortschritt aber dennoch entscheidend von robusten Informatikinfrastrukturen abhängig ist. Und hier sind es vor allem extreme Rechenkapazitäten, die erforderlich sind. Beim MeluXina-Supercomputer haben die einheimischen Forschungseinrichtungen (aber auch kleinere Luxemburger Unternehmen) einen prioritären Zugang.

Anschluss an die weltweite Wissenschaft

An der Universität Luxemburg gibt es bekanntlich für den ICT-Bereich das „*Interdisciplinary Centre for Security, Reliability and Trust*“ von internationalem Ruf im Bereich der Computersicherheit und der Verschlüsselungstechnologie, aber auch die stark numerisch ausgerichtete Institution „*Luxembourg Centre for Systems Biomedicine*“, an der fast so viele Informatiker arbeiten wie Biologen. (Die an den Forschungsvorhaben mitwirkenden Mediziner sitzen mit ihren Patienten vornehmlich im Ausland.)

Durch den elektronischen Zugang zu digitalen Quellen in aller Welt wurde die akademische Recherche in den letzten Jahrzehnten deutlich vereinfacht. Dafür haben jedoch viele Forschungsprojekte eine derartige Komplexität erreicht, dass sie sich nur noch mit sehr hohen Rechenkapazitäten durchführen lassen. Gleichzeitig können die erforderlichen Prozeduren aber oft merklich vereinfacht werden. Statt unendlich vieler denkbarer Hypothesen muss nur noch ein kleiner Bruchteil davon manuell überprüft werden, da per Computersimulation sichergestellt wurde, dass die übrigen keine Erfolgchance besitzen.

Wenn den Daten wirklich die Zukunft gehört, dann ist die Forschung über die Datenverarbeitung einer der wichtigsten Schlüssel zur Beherrschung der globalen Entwicklung und zur Lösung unserer enormen Herausforderungen. Auch für Luxemburg geht es hier um den wirtschaftlichen Erfolg und somit um unseren sozialen Fortschritt.

Forschung mit lukrativen Ergebnissen

Den vielfältigen Bedarf der Wissenschaftler in Sachen ICT könnte man hier konkret mit unzähligen Fällen belegen. Belassen wir es bei einem Beispiel, das auch für Laien verständlich ist. Ein kommerzielles Unternehmen, das Daten für die Erstellung von Wettervoraussagen sammelt, möchte wissen, welche Art von Auskünften hier besonders wichtig und wertvoll ist. Es beschafft sich deshalb Millionen von aufgezeichneten Wettervoraussagen der letzten Jahrzehnte nebst Informationen, die den Meteorologen dabei zur Verfügung standen, mitsamt allen Angaben über die dann tatsächlich eingetretene Wetterlage.

Die Gegenüberstellung dieser Daten soll zeigen, wann sich wie stark geirrt wurde und welche notwendigen Angaben dabei fehlten oder mangelhaft waren. Dass in diesem gigantischen Haufen an Fakten nun menschliche Mitarbeiter irgendwelche Zusammenhänge aufdecken könnten, ist absolut undenkbar. Hier sind viele Milliarden von logischen Vergleichen simultan notwendig, um nach und nach irgendwelche Muster festzustellen. Und daher ist das Projekt, welches die Präzision der Meteorologie ein deutliches Stück weiterbringen kann, nur mit künstlicher Intelligenz und maschinellem Lernen machbar.

Was wir für den Finanzplatz und die Forschung beschrieben haben, gilt



ähnlich für viele andere Bereiche der Volkswirtschaft, welche dank der neuen Telekommunikationsmittel und aller Internetmöglichkeiten eine Kundschaft in großer Ferne bedienen. Luxemburg beherbergt heute viele solche internationalen Dienstleister, von den ganz Großen wie Amazon bis hin zu winzigen Start-ups. Einen erheblichen Anteil unseres Wachstums der letzten Jahre verdanken wir diesen Geschäftsmodellen. Und wenn Amazon jetzt 3.500 hoch qualifizierte Mitarbeiter hierzulande beschäftigt, ist es irrelevant, ob auch seine europäischen Rechner tatsächlich in Luxemburg stehen oder nicht.

Auskünfte und Bestellungen per Mausclick

Jeder kennt inzwischen die elektronischen Bestelldienste, um lokal zu shoppen und sich vom Supermarkt, von Tante Emma (via letzshop.lu) oder von der Pizzeria beliefern zu lassen oder eine Restaurantreservierung vorzunehmen bzw. einen Termin beim Arzt oder Friseur zu vereinbaren. Das gleiche Modell funktioniert am Standort Luxemburg, zuweilen auf einer weitaus breiteren Basis, um europaweit professionelle Bedürfnisse zu bedienen.

Die ursprünglich von Cargolux gegründete Firma Champ ermöglicht es, alle interkontinentalen Luftfrachtmöglichkeiten (Aircargo) schnell aufzustöbern und dann sofort online zu buchen. Wenn Sie zufällig einen Business-Jet (mit vier bis zehn Sitzen) irgendwo in Europa oder in der Welt benötigen, sind Sie beim Luxemburger Unternehmen CaptainJet genau an der richtigen (elektronischen) Adresse.

Andere digitale Geschäftsmodelle dienen ausschließlich der Beschaffung, der maschinellen Verarbeitung und der augenblicklichen Auslieferung von „Daten“, das heißt von verlässlichen und wertvollen Informationen aus aller Welt oder gar aus dem Weltall. Derartige Ge-

schäftsideen verlangen oft jahrelange Vorarbeiten und hohe Entwicklungskosten. Sie können aber auf Dauer hochrentabel werden.

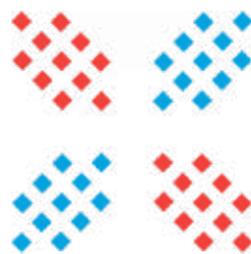
Neue globale Player

Das 2009 in Luxemburg gegründete und inzwischen mit über 400 Mitarbeitern global und vielsprachlich agierende Unternehmen Talkwalker (derzeit 20 offene Stelle in Luxemburg) durchstöbert routinemäßig rund um die Uhr Tausende Medien in aller Welt, auch die modernen „sozialen Medien“. An sie wenden sich internationale Firmen, die sofort wissen wollen, was und wo über sie, ihre Marken, ihre Produkte, ihre ganze Branche und die Konkurrenz berichtet und behauptet wird.

Und die Start-up-Firma Spire Global (2012 gegründet, 300 Mitarbeiter an sechs Standorten, seit 2018 in Luxemburg tätig, derzeit mit 100 Beschäftigten und 25 offenen Stellen) ermittelt mit 110 kleinen Satelliten rund um die Uhr im Viertelstundentakt, wo sich weltweit sämtliche gewerbliche Flugzeuge und über 250.000 Schiffe gerade befinden. Ihre weltweite Kundenliste reicht von staatlichen Diensten, die Piraten, illegale Fischer und Schmuggler jagen, über Reedereien, Logistiker, Versicherungen und Banken. Auch Spekulanten, die mit Terminverträgen auf die Rohölpreisentwicklung spekulieren, wollen genau wissen, wie viele Tonnen Rohöl in den nächsten Tagen und Wochen in Rotterdam geliefert werden, weil sie soeben in Tankern zwischen dem Mittleren Osten und Europa unterwegs sind.

Fazit: Solange sich die Rechen- und Speicherkapazitäten dieses Landes alle 18 Monate verdoppeln, bleibt die Welt nicht stehen. Die Verkehrsstaus zur Rush-hour werden uns jedoch ebenso wie die immer rasantere Inflationsspirale der Wohnraumpreise erhalten bleiben.

Paul Zimmer



MELUXINA

HIGH PERFORMANCE
COMPUTING IN LUXEMBOURG



Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und CGFP

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu den allergünstigsten Bedingungen

Unschlagbares Angebot

für:	mit:
Wohnungsbau/-kauf	Sofortkredit
Modernisierung	CGFP-Vorzugsdarlehen
Grundstückwerb	Steuervorteilen

Lassen Sie sich unverbindlich beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden an:

OEL/CGFP

Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg

Baukredit:

Ich bitte um
unverbindliche
Beratung durch einen
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)

Sichern Sie sich Ihre Steuervorteile 2021

Baufinanzieren aktuell

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnet Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbausparen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie entscheiden selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar. Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Entsprechend Ihren Wünschen haben Sie die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsvarianten zu 2,35 % oder sogar zu 1,25 %.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Wohnbausparen Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen möchten, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkonto können Sie steuerlich absetzen: jährlich bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern ergibt das z.B. 2.688 Euro. Seit der Umsetzung der Steuerreform sind weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung in Kraft getreten, so zum Beispiel die doppelte Absetzbarkeit der Sparbeiträge für Bausparer bis 40 Jahre. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!



Reines Vergnügen: per App steuerbare Dunstabzugshauben

QUELLE: AMK.DE / BHW BAUSPARKASSE

Gute Luft dank smarter Haube

Offene Küchen erfreuen sich großer Beliebtheit. Doch Essensgerüche sollen sich nicht unbegrenzt ausbreiten können. Abhilfe schaffen smarte Dunstabzugshauben.

Dunstabzugshauben sind aus modernen Wohnküchen nicht wegzudenken. Als Wand-, Einbau-, Deckenlift- oder Inselhauben reinigen sie die Luft, verhindern Fettablagerungen und Dunstschwaden. Eine neue, smarte Generation der Luftreiniger passt sich optisch der Umgebung an und ermöglicht ein nahezu geruchloses Kochvergnügen. „Moderne Deckenlifthauben sehen aus wie Designerlampen und können per App auf die gewünschte Höhe abgesenkt wer-

den“, sagt Holm Breitkopf von der BHW Bausparkasse. So stehen sie nicht im Wege. Mittels App schalten sie sich bei Bedarf automatisch ein und signalisieren, wenn der Fettfilter gesäubert oder ausgetauscht werden muss. Eine individuell bedienbare Beleuchtung an der Haube setzt die Küche auf Wunsch hin auch farblich in Szene. Eine dezente Alternative zur dekorativen Abzugshaube ist die versenkbare Version. Beim Kochen erhebt sie sich hinter dem Kochfeld und verschwindet nach getaner Arbeit wieder. Ebenso diskret ist ihr Geräuschpegel. Mit 45 Dezibel sind die neuen Flüster-Hauben deutlich leiser als ihre Vorgänger.



**Ein einziger Kontakt
für alle Projekte
rund um die Immobilie!**

Unsere **Immobilienagentur**, berät Sie umgehend und umfassend in all Ihren Immobilientransaktionen.

- Ankauf
- Verkauf
- Vermietung
- professionelle Bewertung und Vermarktung
- Suchmandat
- ...

Unsere **Werte**: Integrität, Professionalität, Transparenz, Nachhaltigkeit und soziales Engagement.



Unser **Netzwerk**:

Zusammen mit unseren Partnern bieten wir Ihnen einen realen Mehrwert durch zeitnahe, allumfängliche Kundenbetreuung für all Ihre Projekte und Wünsche.

- Beglaubigte Baugutachten
- Juristische und steuerliche Beratung
- Innenarchitektur
- Gartenpflege
- Renovierung
- ...

Unsere **Unterstützung**

Wir spenden 3 % unserer Honorare an den Kiwanis Club Luxemburg.

PRIMUS HOME & Partners • Christian Eilert
(+352) 26 67 22 86 • (+352) 621 29 79 59
info@primushome.lu • www.primushome.lu



Was wäre der öffentliche Dienst ohne CGFP?

Ein Nebeneinander von Einzelgruppierungen, ohne Kraft, ohne Gewicht, ausgeliefert, verschaukelt...

CGFP - die einzige gewerkschaftliche Kraft innerhalb der öffentlichen Funktion



Méi séier informéiert

Suivéiert
d'CGFP op **Twitter**



MIR SICHEN DECH!

D'ARMÉI, NET NËMMEN EN JOB MEE EN ENGAGEMENT

Mir stellen an:

- Offizéier (A1)
- Ënneroffizéier (C1)
- Ënneroffizéier an der Militärmusek (C1)
- Kapereel (C2)
- Fräiwëlleg Zaldoten
- Zivil Personal (All Karriären)

Informationsbüro
15, bd. Royal · L-2449 Luxembourg

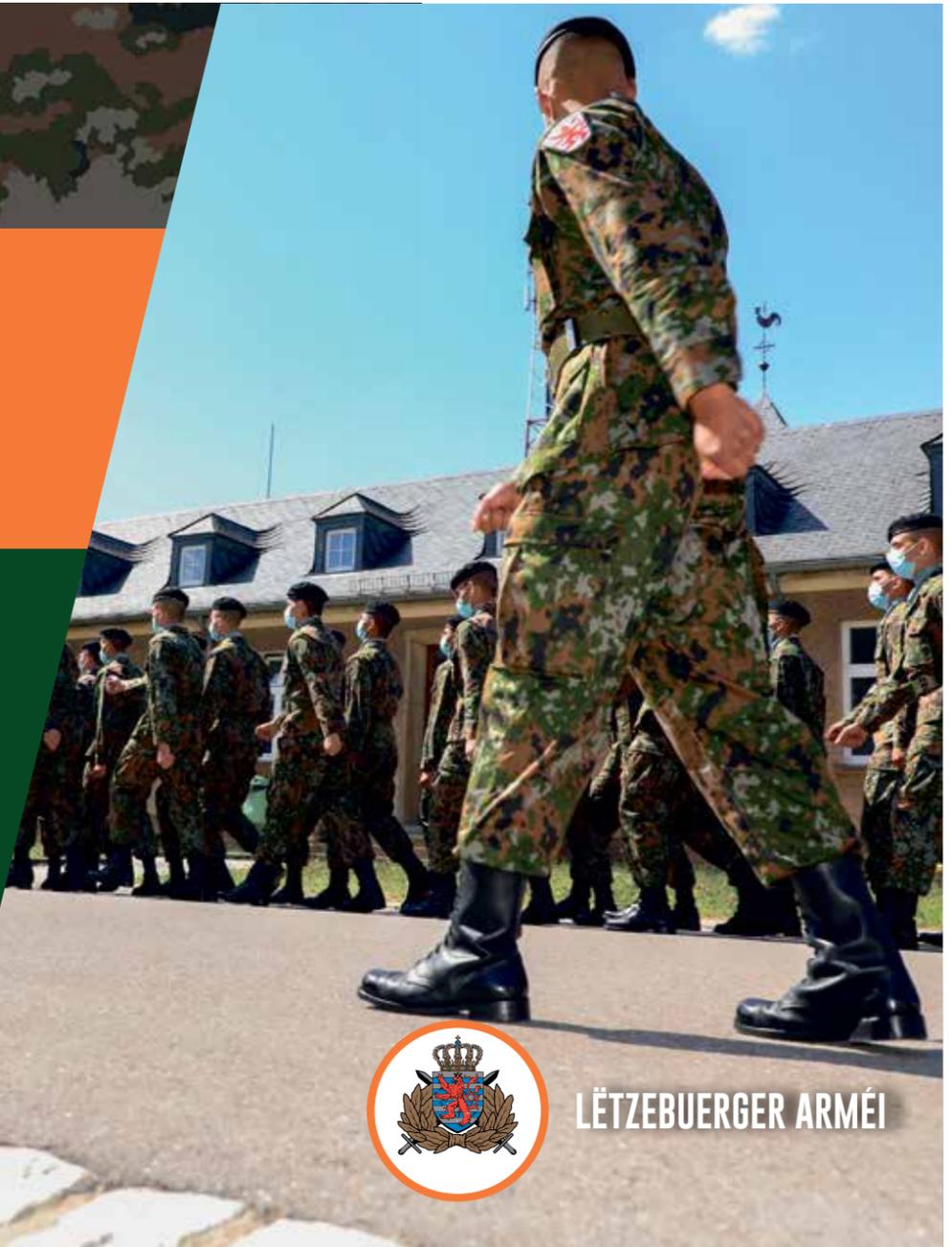


8002 48 88

 www.armee.lu



LËTZEBUERGER ARMÉI





Réunion entre la CGFP et le CSV

Examen du système d'évaluation

À la demande du CSV, une réunion entre ce dernier et le Bureau Exécutif de la CGFP a eu lieu le 17 septembre dernier. Parmi les questions abordées figuraient la politique fiscale, le logement, la sécurité, la réforme constitutionnelle et la reprise économique pour contrer les effets de la crise Covid-19.

Les programmes d'aide lancés pour faire face à la pandémie ont déjà coûté plusieurs milliards d'euros à l'État luxembourgeois. Avant de clarifier la question des coûts, le gouvernement doit procéder à une vérification des comptes de l'État (« Kassensturz »), ont souligné les représentants de la CGFP.

Jusqu'à présent la coalition gouvernementale a toujours refusé de donner aux partenaires sociaux un aperçu détaillé. La CGFP exige de ce fait que les personnes physiques ne soient pas grevées de

nouveaux impôts, tandis que les fonds d'investissement et les multinationales continuent à profiter des mécanismes d'évasion fiscale.

En raison de la crise de la Covid-19, le risque de pauvreté n'a jamais été aussi élevé au Luxembourg depuis 20 ans. Pour réduire les inégalités sociales, le Luxembourg aura besoin d'un système fiscal plus équitable. Le gouvernement n'a cependant toujours pas tenu ses promesses à cet égard, constate la CGFP.

Au cours de cet échange de vues, la faisabilité d'une « taxe covid » a suscité de vives inquiétudes. La CGFP s'interroge sur les critères applicables pour déterminer les gagnants de la crise. La question se pose de savoir si des taux fiscaux plus élevés pourraient être légalement imposés aux sociétés, moyennant un effet rétroactif.

Par ailleurs, la CGFP et le CSV s'opposent à un impôt sur les successions en ligne directe. Selon la CGFP, la crise du logement pose déjà de graves problèmes aux futures générations. En revanche, l'organisation faitière des agents publics ne se prononce pas contre l'introduction d'une taxe sur la spéculation. Toutefois, il faut s'assurer qu'un tel impôt ne vise que les vrais spéculateurs. Les terrains retenus au profit des descendants directs y doivent être épargnés.

Réticence face à la réforme constitutionnelle

En ce qui concerne la réforme constitutionnelle, la CGFP a fait part de ses craintes quant à la proposition d'une suppression de l'article 31. Ce passage stipule que « les fonctionnaires publics, à quelque ordre qu'ils appartiennent, les membres du gouvernement exceptés, ne peuvent être privés de leurs fonctions, honneurs et pensions que de la manière déterminée par la loi. » En supprimant l'article 31, les dispositions y relatives

ne seraient plus transposées par la loi, mais uniquement par des règlements grand-ducaux. Pour la CGFP une telle procédure serait inacceptable.

Dix mois après le lancement de la campagne de vaccination au Luxembourg, selon les données officielles, les jeunes semblent moins enclins à se faire vacciner. Cependant, au lieu d'alimenter le débat sur la vaccination obligatoire et de risquer ainsi une fracture au sein de la société, la CGFP estime que les responsables politiques devraient intensifier leurs efforts de sensibilisation pour convaincre les gens à se faire vacciner sur une base volontaire.

Après le récent incident dans le quartier de la gare à Luxembourg-ville, où un individu a été mordu par un chien de garde, le débat sur la légitimité des services de sécurité privés dans l'espace public a été relancé. Selon la CGFP, le monopole du recours à la force incombe à l'État. Le maintien de l'ordre public doit rester la mission de la police. Pour que l'État soit en mesure de garantir la sécurité de ses citoyens, il nécessite des moyens supplémentaires.

Le CSV s'éloigne-t-il du système d'évaluation ?

Au cours de la discussion, le CSV a également été interrogé sur sa position actuelle concernant le système d'évaluation dans la fonction publique dont il avait décidé l'introduction pendant sa gouvernance.

Les représentants du CSV ont répondu que le bon fonctionnement des services publics dépendrait d'une fonction publique forte. Le CSV n'a pas encore voulu se prononcer sur une abolition du système d'évaluation. Toutefois, en vue d'une analyse interne à cet égard, le parti chrétien-social n'exclut aucune option.

ml



SNE-Präsident Patrick Remakel (4. v. l.) und FEDUSE/Enseignement-Präsident Raoul Scholtes (2. v. l.) im Beisein von CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger und Bildungsminister Claude Meisch.

LuxDidac 2021

Klartext und reichhaltiges Angebot

Die Ende September von den CGFP-Fachverbänden SNE und FEDUSE/Enseignement veranstaltete LuxDidac verbuchte einen wahren Besuchererfolg. Die beliebte Ausstellung von didaktischem Material ist ein Muss für alle, die sich mit der Schule auseinandersetzen. Nachdem diese Austauschplattform im vergangenen Jahr pandemiebedingt in virtueller Form stattfand, wurde die diesjährige Ausgabe vom ehemaligen Standort „Forum Geesseknäppchen“ in den „Tramsschapp“ in Limpertsberg verlagert.

Passend zur „Schulrentrée“ gaben 27 Aussteller aus Luxemburg, Deutschland, Frankreich, Belgien und der Schweiz den Besuchern einen Einblick in neu entwickeltes innovatives Schulmaterial. Auch SNE Editions war mit einem Stand vertreten.

Im Rahmen der LuxDidac wurden erneut eine Reihe von Konferenzen und Workshops angeboten. Auf große Aufmerksamkeit beim Fachpublikum stieß u.a. der Vortrag von Dr. Manuela Macedonia zum Thema „Wie funktio-

niert Mehrsprachigkeit im Gehirn und warum sollen Kinder mit einer Zweitsprache so bald wie möglich anfangen?“ Die Referentin ging auf das Sprachnetzwerk im Gehirn ein und gab praxisnahe Tipps, wie Mutter- und Fremdsprache erworben werden können.

Traditionsgemäß nutzten SNE-Präsident Patrick Remakel und FEDUSE-Präsident Raoul Scholtes bei der Eröffnungsfeier die Gelegenheit, ihre gewerkschaftlichen Forderungen und Erwartungen an den anwesenden Bildungsminister darzulegen.

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern habe Luxemburg es geschafft, den Präsenzunterricht während der Corona-Krise weitestgehend zu gewährleisten,

hieß es. Kritisiert wurde jedoch die mangelhafte Kommunikationskultur des zuständigen Ministeriums, die sich allmählich dem „Gefrierpunkt“ näherte. Die Gewerkschaften hätten – wenn überhaupt – oft einen verspäteten Zugang zu wichtigen Informationen erhalten. Viele gewerkschaftliche Anfragen würden buchstäblich unbeantwortet bleiben. Zahlreiche Forderungen, wie z.B. das Einrichten von Luftfilteranlagen zum Schutz gegen Covid-19 in den Klassenzimmern, würden auf taube Ohren stoßen.

An die Politik ging der Aufruf, zusätzliche Anstrengungen zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs zu unternehmen. In Bezug auf den Grundschulunterricht wurden z.B. die angekündigte Einführung einer flächendeckenden Hausaufgabenhilfe und der Reformentwurf zum „Cours d'accueil“ für „Primo-arrivants“ kritisch beleuchtet. Beide Vorhaben seien nicht ohne eine deutliche personelle Aufstockung zu verwirklichen. Die neue bevorstehende Quereinsteigervariante wurde als „No-Go“ bezeichnet. Was die Sekundarstufe betrifft, so wurde u.a. bemängelt, dass die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Schulen keinen Mehrwert für die Schüler schaffe.

Abschließend lobte Bildungsminister Claude Meisch die „großartige Initiative“ der LuxDidac-Verantwortlichen. Auf die von SNE und FEDUSE/Enseignement erhobenen Forderungen ging das Regierungsmitglied jedoch nicht näher ein.

ml



LUX VOYAGES

Reif für die Inseln der MALEDIVEN



1200 kleine Inseln reihen sich auf wie glitzernde weiße Perlen aneinander, umspielt vom kristallklaren Wasser des Indischen Ozeans – dort erwarten Sie Ruhe, Erholung und Genuss. Vom Hausriff Ihres Hotels aus können Sie die farbenfrohe Unterwasserwelt, ausgedehnte Korallenbänke mit bunten Fisch-

schwärmen und Meeressäugern erkunden.

Die Konzepte der Resorts sind einzigartig: Wohnen, speisen, relaxen, Wellness und Sport, alles spielt sich am, auf oder gar im Wasser ab. Der Service und die Gastronomie sind ausgezeichnet, die Sonnenuntergänge traumhaft. Spüren Sie

den samtweichen Sand unter Ihren Füßen, tauchen Sie in tausend unterschiedliche Farbtöne des Wassers ein und genießen Sie die angenehme Meeresbrise. Sie werden sehen, Körper und Geist werden die absolute Entspannung und Ruhe finden. Gönnen Sie sich eine Auszeit im Paradies.



Hier eine kleine Auswahl

inkl. Direktflüge von Frankfurt nach Male:

- **Oblu Select at Sangeli Island**
Beach Villa mit Pool,
All Inclusive **ab 2.913 € pro Person**
(09.12.-17.12.21)
- **Cinnamon Hakuraa Huraa Maldives**
Wasser-Bungalow,
All Inclusive **ab 2.500 € pro Person**
(14.12.-22.12.21)
- **The Sun Siyam Iru Fushi**
Deluxe Beach Villa,
All Inclusive **ab 3.230 € pro Person**
(14.12.-22.12.21)



LUX VOYAGES s.à r.l.

25-A, boulevard Royal
L-2449 Luxembourg
Tel.: 47 00 47 - 1
info@luxvoyages.lu

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer Dertour Reisen vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.





fonction publique

Spécial Living

Le retour du grand salon de l'habitat



Home Expo, le plus grand salon de l'Habitat de la Grande Région rassemble un panel impressionnant de professionnels de l'industrie de l'habitat y affichant leurs derniers produits et techniques. Il a fermé ses portes le 17 octobre, après neuf jours d'ouverture et un programme plus riche que jamais. Une bénédiction pour les professionnels du secteur qui ont dû, Covid oblige, faire l'impasse sur l'édition 2020.

À cette occasion, toute une série d'acteurs ont gravité autour de cette branche d'activité, à commencer par les organismes de crédit et les assureurs. S'y sont ajoutées les entités spécialisées dans l'environnement, puisque l'habitat, parmi les autres secteurs fortement émetteurs de gaz à effet de serre, se doit, plus que jamais, de proposer des solutions écologiques.

Coïncidence ou pas, en 2021 ce rendez-vous est tombé sur le lundi 4 octobre, la « Journée mondiale de l'architecture et de l'habitat » existant depuis 1985. Cette édition a été placée sous le signe de l'écologie et le leitmotiv « Un environnement propre pour un monde sain ».

Pour le reste, ateliers, conférences, expositions, présentations de produits, vernissages et activités ludiques ont eu de quoi occuper petits et grands... un bon moment !

Grande nouveauté cette année : l'Escape Game proposé par un grand groupe d'assurance a offert aux visiteurs la possibilité de se mettre dans la peau d'un cambrioleur pour déjouer le redoutable système de sécurité protégeant un trésor...



MAISONS LA GÄICHEL EISCHEN

- 9 maisons de 185 m² à 270 m²
- Terrains à partir de 2,42 ares à 3,69 ares
- À 8 minutes de Steinfort

HEK-TAR
BUREAU IMMOBILIER



bmsfeld

MERCI

pour votre engagement écologique

Primes fonds nova naturstrom

Bénéficiez d'une prime pour votre projet

Vous avez réalisé un projet d'énergie renouvelable, d'efficacité énergétique, d'éco-technologies ou d'utilisation rationnelle des ressources au Luxembourg? L'a.s.b.l. fonds nova naturstrom récompense entre autres des projets dans des domaines tels que la construction durable, la mobilité ou encore le chauffage.

Plus d'informations sur fnn.lu

Energy for today. Caring for tomorrow.



Luxembourg-Ville

Cessange

À VENDRE

4 maisons de $\pm 150 \text{ m}^2$

À proximité du parc de Cessange,
de la Kockelscheuer et de la Cloche d'Or

ENCORE 2 MAISONS DISPONIBLES
LIVRAISON EN AUTOMNE 2022

 LENOZ



Classe énergétique ABA/AAA
Finitions haut de gamme

codur.lu

(+352) 39 59 221



Spécial Living

Balkongestaltung: Ideen, Tricks und Dekoration



Ob klein oder groß, der Balkon kann zur regelrechten Wohlfühloase werden. Wer braucht schon einen Garten, wenn man die (schöne) Aussicht auf das rege Stadttreiben genießen kann?

Tricks und Sichtschutz

Jeder Balkon ist einzigartig, aber es gibt jede Menge Tricks, den

Platz bestmöglich zu nutzen. Zitronenbäumchen in der Ecke, kleiner Kräuter- oder Gemüsegarten, Efeu-ranken an den Wänden – jeder Balkon kann problemlos zur grünen Oase werden.

Wenn im Garten Gemüse oder Kräuter lediglich zum Verzehr oder zur Freizeitgestaltung angebaut werden, dient der Anbau von Grün

auf dem Balkon außerdem zum Schutz vor neugierigen Blicken. Ein Beispiel hierfür ist das Anpflanzen von Bambusstauden als Sichtschutz.

Balkondekoration vom Feinsten

Neben Kräutern und Pflanzen gibt es noch andere Elemente, die den Balkon zum zweiten Wohnzimmer werden lassen. Beispielsweise

schafft gemütliches Licht angenehme Stimmung an späten Sommerabenden. Des Weiteren sorgen Outdoortextilien wie Teppiche, Kissen und Sitzpolster, die speziell für den Außenbereich konzipiert werden, für eine angenehme Atmosphäre.

Bei größeren Balkonflächen können Blumensäulen, passend zum Wohnstil, eingesetzt werden. Allerdings stehen in Großstädten eher kleine Vorbauten auf der Tagesordnung. Aber auch das ist kein Problem, denn für besonders enge Außenbereiche eignen sich Blumenkästen, die zur Straßenseite hin angebracht werden können.

Die Voraussetzung für eine optimale Gestaltung, ist eine gute Planung. In erster Linie muss man den Raum vertikal gestalten, das heißt, hohe Regale, Töpfe oder Pflanzenständer aussuchen, die den Raum auch nach oben hin bestmöglich nutzen. Darüber hinaus ist es nützlich, platzeffiziente Möbel zu wählen, z.B. einen „Halbkreis-Tisch“, der problemlos ans Geländer oder die Mauer geschoben werden kann. Des Weiteren lassen Pflanzkübel, sogar auf engem Raum, Gärtnerträume wahr werden.



Faites confiance à eggo pour aménager votre intérieur: cuisine, dressing, bureau, bibliothèque, buanderie, ... découvrez toutes nos solutions de rangement sur mesure au meilleur prix.

Inspirez-vous sur eggo.lu



Octobre 2021: nouveau showroom à
BERELDANGE 111 route de Luxembourg

Spécial Living

Maßgefertigte Pergolen & Fenster in Luxemburg



Sie sind auf der Suche nach einer Pergola oder nach Fenstern, die zur Architektur Ihres Hauses passen? Es ist wichtig, die Ästhetik dieser Elemente an den Rest Ihrer Immobilie anzupassen, um die gewünschte Eleganz zu erhalten.

Bioklimatische Pergolen

Aluminiumlamellen bedecken das Dach der bioklimatischen Pergolen. Diese Lamellen unter der Pergola können gemäß der gewünschten Helligkeit ausgerichtet oder eingezogen

werden. So kontrollieren Sie die klimatischen Parameter optimal. Unsere Pergolen, bieten Ihnen ein schlichtes und minimalistisches Design sowie zahlreiche Möglichkeiten, Ihren Außenbereich optimal zu nutzen!

Pergolas aus Glas

Verglaste Pergolen bestehen aus einem schrägen oder flachen Glasdach. Um sich vor zu viel Sonne zu schützen, ist es möglich, ein Sonnenschutzsystem, sprich eine Markise, zu installieren.

Was sind die Vorteile dieser Lösung? Mehr Verglasung, um mehr Sonnenlicht hereinzulassen...Die neue Flachdach-Pergola verfügt unter anderem über Glasschiebetüren, die ganz individuell gestaltet werden können.

Pergolen und maßgefertigte Fenster in Luxemburg

Die richtige Wahl von Fenstern sowie auch einer Pergola bereitet oft Kopfzerbrechen. Welche Materialien sollen gewählt werden? Welche Profile? Welche Wärme- und Schalldämmung? Wie wirkt sich das auf ihre Widerstandsfähigkeit und Haltbarkeit aus?

Achten Sie vor allem darauf, dass die Fenster ausreichend isoliert sind, um den thermischen Anforderungen Ihres Hauses gerecht zu werden. Beim Kauf eines Fensters sind mehrere Aspekte zu beachten: das Profil, das Glas, die Beschläge und die Art der Montage. Diese Elemente haben einen großen Einfluss auf die Qualität Ihrer Fenster und Ihren Komfort.

Gerade um die Leistungen seiner Fenster zu optimieren, hat sich Metalica für die Herstellung mit den Systemen Schüco und Reynaers entschieden. Diese Systeme garantieren höchste Energieeffizienz, wirksamen Schutz vor Einbrüchen sowie langlebige und pflegeleichte Materialien.

Die Fenster werden vollständig in der Werkstatt in Esch/Alzette hergestellt und sind ISO 9001 zertifiziert.

Das bedeutet, dass Metalica nicht nur ein Fachhändler für Fenster ist. Im Gegenteil, mit seiner 65 Jahre starken Erfahrung begleitet das Unternehmen Sie bei Ihrem Projekt von A bis Z.

www.metalica.lu

Metalica Home



Verglastes Flachdach



Restaurant De Spaackeler



Bioklimatische Pergola

Bereiten Sie schon heute den Sommer 2022 vor!

SHOWROOM

Montag bis Freitag: 9-18 Uhr | Samstag: 9-16.30 Uhr

Tel.: 55 21 56 1 oder 55 21 56 555

Email: info@metalica.lu



www.metalica.lu



Spécial Living

Bureau Immobilier Feltes - Comment vendre mon bien ?



Grâce à sa longue expérience du marché immobilier luxembourgeois et à sa large palette de services et de prestations haut de gamme, Bureau Immobilier Feltes se positionne comme le partenaire professionnel idéal pour l'ensemble de vos transactions immobilières, et notamment pour la vente de votre bien dans les meilleures conditions.

En plus des conseils d'une équipe professionnelle expérimentée et motivée, Bureau Immobilier Feltes vous permet de profiter d'un éventail complet de services idé-

alement complémentaires qui, tous, sont relatifs à la gestion et à l'administration de vos transactions immobilières.

« Afin de vous faciliter les transactions et pour que celles-ci se passent au mieux, explique Madame Nadine Feltes, Bureau Immobilier Feltes prend en effet en charge toutes les étapes de la transaction, depuis l'estimation du bien et l'établissement d'un devis gratuit jusqu'à la signature des actes notariés ou contrats de bail et la remise des clés, en passant par l'organisation des

visites des lieux et les possibilités de financement ».

Au moment de proposer votre bien à la vente, il est normal que vous vous posiez un grand nombre de questions pertinentes.

Comment faire estimer le bien et en déterminer la valeur exacte en fonction du marché ?

Comment établir un dossier complet permettant de faciliter la vente du bien ?

Existe-t-il déjà des acheteurs potentiels pour le bien et comment bénéficier de fichiers ciblés régulièrement mis à jour ?

Comment établir rapidement et facilement les contacts avec l'ensemble des acteurs de la transaction, et notamment avec les acheteurs potentiels ?

Comment établir une stratégie de communication efficace, profiter des techniques de communication les plus modernes et rédiger une annonce valorisante pour le bien ?

Comment organiser efficacement les visites du bien ?

Comment établir des négociations optimales avec un candidat-acheteur ? Y a-t-il moyen de bénéficier des services d'un médiateur pour mener au mieux ces négociations ?

Comment trouver la personne compétente pour rédiger le compromis de vente, mais aussi pour s'occuper des différentes démarches et de l'ensemble des formalités administratives jusqu'au moment de signer l'acte notarié ?

« Toutes vos interrogations sont parfaitement normales et légitimes dans le cadre d'une transaction aussi importante que la vente d'un bien immobilier, poursuit Nadine Feltes. Toutes vos questions méritent des réponses précises, professionnelles et d'une grande efficacité ».

Véritable partenaire de confiance pour l'ensemble des transactions immobilières sur tout le territoire du Grand-Duché de Luxembourg, Bureau Immobilier Feltes s'engage à mettre son expérience et son savoir-faire au service de vos transactions afin de vous offrir les services complets et les prestations de haut de gamme que mérite votre bien.

Är perséinlech Geschicht.
Äert perséinlecht Doheem.

Loost eis zesammen dat nächst Kapitel schreiwen.



Bureau Immobilier Feltes

T (+352) 248 488 1 | feltes.lu

FELTES
F

Spécial Living

Réussir votre projet de rénovation énergétique ou de mobilité durable

Découvrez les aides disponibles avec myrenovation

L'application myrenovation vous permet désormais de connaître toutes les aides disponibles pour votre projet de rénovation ou de mobilité durable

Vous voulez rénover votre logement, vous débarrasser de votre vieille chaudière à mazout pour chauffer aux énergies renouvelables ou encore passer à l'électrique ? La nouvelle version de myrenovation vous permet de simuler toutes les aides disponibles pour votre projet de rénovation énergétique ou de mobilité électrique.

En rénovant votre habitation pour améliorer son efficacité énergétique, vous pouvez agir pour votre bien-être et pour l'environnement. Toutefois, il n'est pas rare que le coût d'un tel projet décourage. Mais on oublie souvent que les projets de rénovation peuvent bénéficier d'un large éventail d'aides financières.

C'est la raison pour laquelle myenergy a développé une application mobile innovante qui permet aux

utilisateurs de simuler le montant des aides financières disponibles selon leur projet de rénovation énergétique, d'installations favorisant les énergies renouvelables et de mobilité durable. L'application vous permet également de mieux comprendre des démarches à entreprendre pour solliciter ces aides.

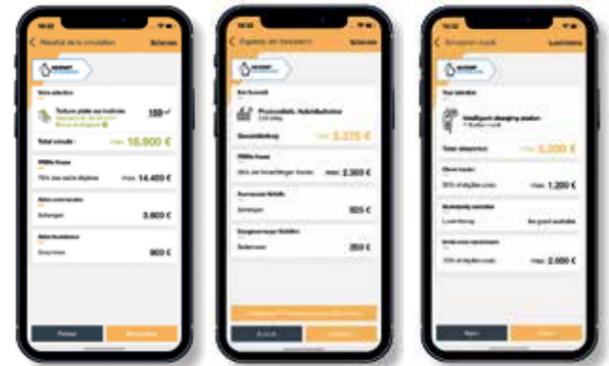
myrenovation est un outil interactif et didactique, accessible à tous depuis les stores, que vous soyez un professionnel des domaines de la construction et de l'énergie ou tout simplement un particulier qui souhaite avoir plus d'informations à sa disposition pour préparer son projet personnel. Grâce à myrenovation, vous pouvez également connaître les aides pour l'achat de votre futur véhicule électrique ou l'installation d'une borne de charge privée à votre domicile.

Planifier votre rénovation : une application parfaitement adaptée à vos besoins

L'application myrenovation permet d'accéder facilement et de façon

personnalisée à toutes les informations utiles pour l'obtention des aides étatiques, communales, celles des fournisseurs d'énergie ainsi que du fonds novaturstroum. Elle simule les aides entre autres en fonction du type de bâtiment, de l'élément à rénover, du type d'installation technique et de la commune dans laquelle votre logement se trouve... Vous pouvez également consulter la liste des conseillers en énergie agréés, étape nécessaire à l'octroi des aides étatiques. Avec la nouvelle version de myrenovation, il est désormais également possible de simuler toutes les aides relatives à la mobilité électrique : vous y retrouverez les aides pour l'achat d'un véhicule électrique ou l'installation d'une borne de charge murale à domicile.

La fonction de géolocalisation lors de vos simulations vous permet d'obtenir des résultats vraiment personnalisés. L'application est disponible gratuitement en allemand, français et anglais.



Téléchargez gratuitement myrenovation dès aujourd'hui et préparez votre projet en toute sérénité !

Pour plus d'informations concernant les aides financières et les étapes de votre projet vous pouvez également prendre rendez-vous avec votre conseiller myenergy.

 **myenergy**
8002 11 90

myenergy.lu

L'octroi d'une subvention ne peut en aucun cas être revendiqué sur la base d'informations contenues dans cette application. My Energy G.I.E. décline toute responsabilité quant à l'exhaustivité et à l'exactitude des informations fournies dans cette application. Seul le texte issu des lois et des règlements grand-ducaux publiés au Mémorial fait loi.



WËLLKOMM DOHEEM



RÉSIDENCE «NYX», LUXEMBOURG-BELAIR

A.E.: 00137028/0

 **AREND & FISCHBACH**
PROMOTION IMMOBILIERE

 **MAISONS LOGINTER**

TERRAINEN
APPARTEMENTER
HAISER

14, rue de la Gare
L-7535 Mersch

arend-fischbach.lu



STEINSEL (HEISDORF)
1.588.231 € TVA 3% incluse



WILWERDANGE (9.96 ARES)
805.267 € TVA 3% incluse



JUNGLINSTER (296m² AU TOTAL)
1.744.222 € TVA 3% incluse



KALBORN (CLERVAUX)
746.760 € TVA 3% incluse



BRIDEL (SITUATION CALME)
1.643.214 € TVA 3% incluse

PROJETS BIENTÔT
DISPONIBLES:

- *Useldange
- *Welfrange
- *Nospelt
- *Reuland
- *Saeul
- *Neuhaeusgen



CONSDORF (60.56 ARES TERRAIN)
1.481.512 € TVA 3% incluse



RODANGE (6.03 ARES TERRAIN)
1.538.336 € TVA 3% incluse



MARNACH (208m² AU TOTAL)
1.232.658 € TVA 3% incluse



RODENBOURG (JUNGLINSTER)
992.041 € TVA 3% incluse



STEINSEL (HEISDORF)
1.619.294 € TVA 3% incluse



OLM-CAPELLEN

11 maisons unifamiliales ayant +/- 300m² au total, dotées d'une architecture moderne contenant tous 2 s.d.b et 4 ch.à.c. Les terrains varient de 3.92 jusqu'à 7 ares et sont à proximité des toutes commodités nécessaires.

à p.d 1.370.089 € TVA 3% incluse

www.wiesen-piront.lu

Wiesen-Piront Constructions S.A
88, rue de Luxembourg
L-8140 Bridel
Tél.: 333 628 - 1
Email: info@wiesen-piront.lu



Spécial Living

Spieglein, Spieglein an der Wand...

Es gibt durchaus viele Einrichtungsstile, darunter der berühmte Scandi-, der Vintage- oder der Landhausstil. Einer ist aber bei uns in Luxemburg weniger bekannt, und zwar der „Shabby Chic“-Stil, der eigentlich aus den USA stammt. Als die britische Stilistin Rachel Ashwell Ende der 80er-Jahre einen Laden in Kalifornien eröffnete, verkaufte sie Erbstücke, Fundstücke vom Flohmarkt und individuelle Einzelteile – unter anderem Möbel. Sie griff damit einen neuen Trend auf, der im Großbritannien der 80er-Jahre als Gegenbewegung zum hochtrabenden Stil entstand.

Rachel Ashwell nannte diese neue Einrichtungsart „Shabby Chic“, die wie eine Mischung aus Vintage- und Landhausstil aussieht, obwohl sie rauer und unvollkommener wirkt. Eine der Besonderheiten dieses Stils ist die Vielzahl der Möbelstücke, welche die Räume des Hauses bevölkern: Möbel mit Lebensspuren und Patina, die sowohl Charme als auch Nostalgie ausstrahlen.

Denn eigentlich sind es die Gebrauchsspuren, die die Möbelstücke zu einem Unikat machen. Daher muss man sich entscheiden, ob man alten Möbeln neues Leben ein-



hauchen möchte, oder sich eher mit Fertigmöbeln einrichten will. Alterserscheinungen und Schrammen spiegeln die Geschichte und die Einzigartigkeit des Möbelstücks wieder.

Derzeit gefragt ist also ein ausgeprägter Sinn für Restaurierung. Natürlich findet man heutzutage Möbel, die auf Vintage getrimmt sind, wie zum Beispiel abgeplatzte Farbe oder Rost. Beim Wohnen kommt die Liebe zum Natürlichen und Unvollkommenen durch Möbel

mit Gebrauchsspuren stark zum Ausdruck.

Die Deko vervollständigt den „Shabby Chic“ mit schillernden Materialien und Accessoires wie Samt, Seide, Klöppelspitze, aber auch Materialien wie Leder und Leinen sorgen für interessante Kontraste. Glas spielt bei diesem Einrichtungsstil auch eine wesentliche Rolle, und richtig eingesetzt rundet es das Konzept ab. Nicht zuletzt können auch Zink und Bauernsilber

verwendet werden sowie detailgetreue florale Ornamente.

Wichtig ist es, die Farbpalette in sanften Tönen zu halten: Weiß, Creme, helles Grau, aber auch Pastellfarben sind die meistverwendeten Farben. Schrilte Farben sind bei diesem Stil nicht erwünscht.

Schließlich kann der Shabby Chic aufgrund seiner Ähnlichkeit mit dem Vintage-Look und dem Landhausstil perfekt eingesetzt werden.

**galerie
moderne**

AMEUBLEMENT GREVENMÄCHER

f @ gmg.lu

Zanter 3 generatiounen är miwwel- a kichenadress zu Lëtzebuerg

Spécial Living

Déco 2022 : Chaud chaud... mais pas cacao



2022 est sur le point de débiter, et avec cette troisième année de la décennie, on espère laisser la crise sanitaire derrière nous, avec les envies de renouveau que cela suppose. Ainsi, c'est tout l'univers de la maison que l'on souhaite changer, avec, à la clé, de nouvelles tendances déco.

Pour parfaire la décoration de son intérieur, cap sur les matières enveloppantes et douillettes, tels la laine bouclée ou encore le velours, histoire de créer un environnement rassurant chez soi et un nid bien douillet.

Véritables refuges, les maisons et appartements s'inspirent de leur environnement en se mettant au diapason des matériaux bruts, tout comme des fibres naturelles. Nos habitudes de vie sont chambardées par un mouvement tendant vers le slow, privilégiant le mobilier et la décoration durables, beaucoup plus respectueux de la nature et des hommes.

Le grand « come back » du design rétro atteste de cet engouement. Ainsi, les couleurs accentuent notre habitat cocon : les tons chauds font la part belle au terracotta, au vert et au camaïeu de nudes, avec pour objectif le réconfort.

Les arts graphiques sont très présents, et offrent la possibilité de mettre l'accent sur la personnalisation.

Nul doute, qu'en 2022, l'intérieur se démarque pour détenir une place centrale dans nos vies.

La terracotta (littéralement « terre cuite » en italien) n'est pas une nouveauté en soi, et cette couleur chaude règne en maître depuis deux à trois ans dans l'univers de la décoration. Cependant, il dispose une palette comportant de nombreuses variations, et, en cela, ce sont aujourd'hui des teintes plus prononcées qui voient le jour. Ces tons sont inspirés par des matières aux aspects terreux comme des tuiles, des briques ou des argiles.

Tout changement de saison implique une évolution des couleurs. Les nuances autour du grès se perfectionnent pour offrir également des couleurs comme le grège jusqu'à la brique avec un rouge profond ou le sable. C'est ainsi que le sud s'invite dans nos intérieurs, en leur conférant un look éclatant.

Au niveau des motifs, la tendance à l'exotisme, qui a prévalu ces dernières années, laisse place à des motifs qui invitent à renouer avec la nature, à savoir les motifs floraux. Rose, chrysanthème, pivoine, azalée ou crocus, voici quelques exemples de ce que l'on pourra retrouver prochainement chez les trend-setters, des motifs floraux qui revêtent incontestablement un côté poétique.

Lampertz
stone designer

www.lampertz.lu

HOSINGEN | WALFERDANGE

MONTEZ ET DESCENDEZ LES ESCALIERS TRÈS FACILEMENT



TKE

Découvrez les monte-escaliers et les ascenseurs-maison de TK Elevator. Renseignements et devis par téléphone au numéro : 40 08 96 ou par email : luxembourg@tkelevator.com

www.tkelevator.lu

MOVE BEYOND

À VENDRE

Mamer, Luxembourg-ville

Résidence "OPAL" - Roudewee - 4 appartements de luxe de 208 à 301 m²



La résidence « Opal » de conception moderne et exclusive se trouve dans une rue calme, proche de toutes les commodités qu'offrent Strassen / Luxembourg (ville) (écoles, commerces, transports, ...) et garanti une situation géographique idéale (proche de la Belgique, de la France et de Luxembourg-Ville).

Disposant de grandes baies vitrées donnant sur la terrasse avec orientation vers le sud et une vue impressionnante, les espaces de vie intérieurs bénéficieront d'une généreuse luminosité qui invitera à y séjourner.

Diese neue moderne und exklusive Residenz befindet sich in einer ruhigen Straße in der Nähe aller Annehmlichkeiten von Strassen / Luxemburg (Stadt) (Schulen, Geschäfte, Transportmittel, ...) und garantiert eine geografisch ideale Lage (in der Nähe von Belgien, Frankreich und Luxemburg-Stadt).

Versehen mit großen Fensterfronten in Richtung Terrasse mit Orientierung nach Süden profitieren die Wohnbereiche von einem beeindruckenden Ausblick und von großzügigem Lichteinfall, was zum Verweilen einlädt.

Informations et plans sur simple demande
Informationen und Pläne auf Anfrage



ROMABAU

ROMA-BAU
6, Beelerstrooss
L-9991 Weiswampach

Tél: 26 95 78 18
Fax: 26 95 78 28
info@romabau.com



MÉI WÉI EE BAUPROJET – GEMEINSCHAFTLECH PROJETEN AN D'WEEËR LEEDEN

FONDS DU LOGEMENT

EMPFÄNKEN, LOGÉIEREN A BEGLEEDEN

www.fondsdulogement.lu

CHEZ SOI. DANS SON LOGEMENT. DANS SA BANQUE.



NOUS SOMMES UNE BANQUE COOPÉRATIVE. POUR NOUS, VOUS ÊTES BIEN PLUS QU'UN CLIENT.

Conseils personnalisés.
Financement sur mesure.
Ensemble, faisons avancer votre projet.
Pour plus d'informations, rendez vous sur raiffeisen.lu

LA BANQUE QUI APPARTIENT À SES MEMBRES



Raiffeisen

Banque Raiffeisen, société coopérative

Spécial Living

Le partage de l'habitat, le standard de demain ?

Face aux nouvelles problématiques incontournables que sont la préservation de l'environnement ou l'éclatement de la cellule familiale traditionnelle, l'habitat se réinvente. Oui mais, jusqu'où ?

Quelles sont, concrètement, les tendances dans l'habitat en ce début de nouvelle décennie ? Lorsque l'on se réfère aux experts, une tendance assez claire en faveur de l'habitat partagé (comprenez « partiellement partagé ») et participatif semble se dessiner. Et lorsque l'on se penche sur les raisons de cette tendance, cela n'a rien de surprenant...

Abordons toutefois, en premier lieu, ces notions d'« habitat partagé » et d'« habitat participatif », et distinguons-les d'emblée d'une autre nouvelle forme d'habitat qu'est le « coliving ».

Tandis que le « coliving » est un type d'habitat orienté autour du service (ménage, assurance, abonnements divers, etc.) moyennant un



forfait mensuel inclus dans le loyer, l'habitat partagé, repense essentiellement l'organisation de l'espace, mais pas seulement... Face à des prix qui explosent dans certaines

grandes villes occidentales, il s'agit là d'un moyen intéressant de faire baisser le prix de l'achat ou de la location des biens sans pour autant diminuer la surface habitable. Une

solution qui pourrait, ainsi, faire bien des émules au Grand-Duché...

L'« habitat participatif » ou « cohabitat » repose peu ou prou sur le

Groupe
renovation.lu
Handwerk aus Lëtzebuerg

www.renovation.lu

288 308



KITCHEN
Store

snaidero
CUCINE PER LA VITA



www.kitchenstoreluxembourg.com

Depuis plus de 10 ans

+ de 200 m²
D'EXPOSITION DE
CUISINES HAUT DE GAMME

KITCHEN STORE,
concessionnaire exclusif
Snaidero au Luxembourg

204, route d'Arlon
L-8010 STRASSEN

Tél. 26 11 98 50

Spécial Living

même principe espaces exclusifs et espaces en commun, à une différence près, fondamentale, qui consiste au départ en la mise en commun de ressources financières de la part de plusieurs clients pour le financement et la réalisation du projet d'habitation commun.

Concrètement, un groupe de volontaires se fédère en amont à un projet de vie et de relations de voisinage par la conception d'un programme bien déterminé pour l'organisation des logements privés et des espaces en commun. Les futurs habitants définissent, parallèlement, leur capacité de financement et leurs souhaits architecturaux.

Tant pour l'habitat partagé que pour l'habitat participatif, l'utilisation commune de certaines pièces concerne bien évidemment les espaces que l'on pourrait qualifier de « secondaires » à l'instar d'un jardin, d'une terrasse, d'un balcon ou encore d'une bibliothèque, pour ne citer que ces exemples.

De fait, à une époque marquée par la baisse considérable de la natalité, et donc, du nombre de familles nombreuses, tout comme par une recrudescence du sentiment d'isolement, cette forme de logement partiellement partagé permet aux

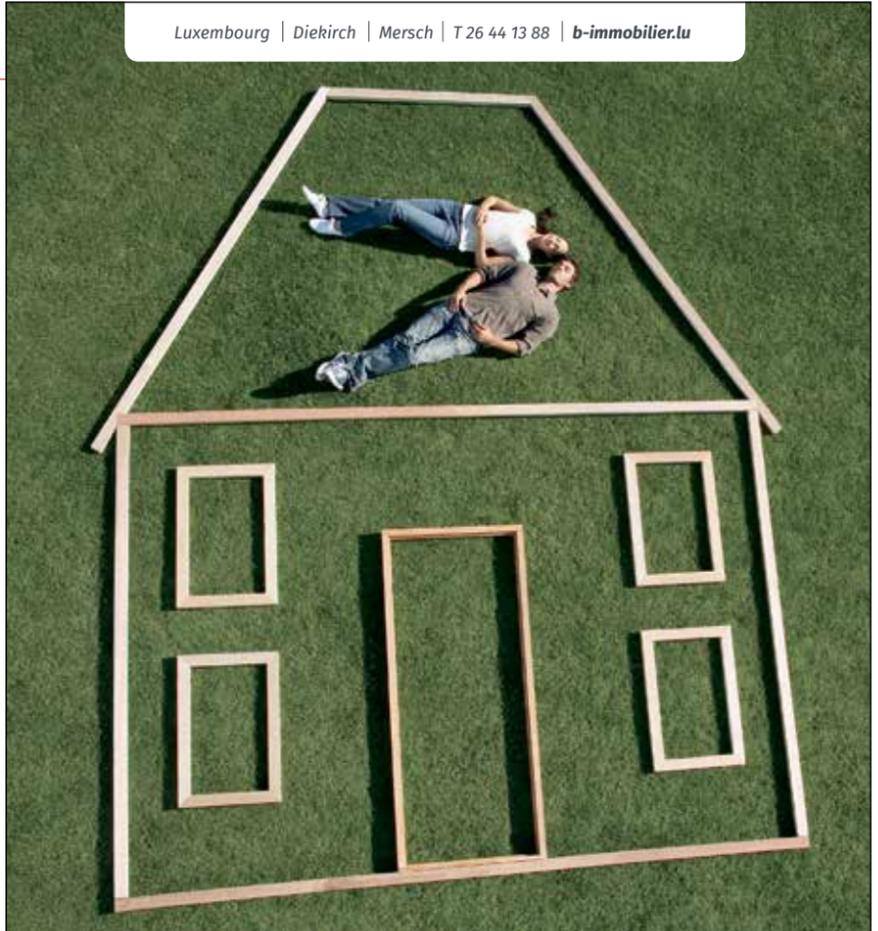
occupants de retisser du lien. Ou comment faire d'une pierre, deux coups...

Au Luxembourg, de timides initiatives voient le jour en la matière, tandis que son voisin allemand met les bouchées doubles dans le domaine depuis un certain temps. Ainsi, Codur réalise actuellement un intéressant projet d'habitat participatif à l'endroit des seniors, à Lorentzweiler, qui, en plus, a la particularité d'être écologique.

Destinée exclusivement aux personnes de 50 ans et plus, la future Villa Lorenz, composée de 13 appartements, est une villa de caractère existante à laquelle sera annexée une nouvelle résidence aux standards dernier cri. Patrimoine, modernité et haute qualité environnementale caractérisent ainsi ce projet d'éco-habitat.

Dans la pratique, les appartements se répartissent entre la demeure existante et le nouveau bâti, et répondent parfaitement aux besoins des seniors désireux de tisser des liens directs au quotidien avec leurs voisins : pièces de vie agrandies, circulation facilitée, ouverture vers l'extérieur, luminosité et respect des espaces privés. « Weider sou Lëtzebuerg! ».

Luxembourg | Diekirch | Mersch | T 26 44 13 88 | b-immobilier.lu



**Cherchons terrains
et vieilles maisons à rénover.**
Réalisation de nouveaux projets immobiliers.



De votre **COUP DE CŒUR** à la réalité

La BIL vous accompagne avec des solutions de financement personnalisées.

En plus, maintenant, les agents de la fonction publique à Luxembourg bénéficient des conditions préférentielles pour leurs opérations bancaires du quotidien.

Pour en savoir plus, visitez www.bil.com/companypackage





Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater darüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.

BHW Bausparkasse
Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg Kirchberg
www.bhw.lu

BHW 
Gemeinsam für Ihr Zuhause